

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der Kaiserlichen Erlaubnis „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 1206.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 76.

Freitag, den 31. März 1905.

16. Jahrgang.

Praktisches Christentum.

Am 18. März 1905 hat der Vorstand des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände eine Sitzung abgehalten, in der er neue Methoden der Kriegsführung gegen das Proletariat beriet.

In dieser Sitzung erstattete Herr Mendt-Altona (der aus der nationalliberalen Fraktion schandenhafte ausgeschlossen worden ist, weil er gar zu offenherzig gegen das Reichstags-Wahlrecht agitiert hat, einen Bericht „Ueber Aussperrungen“.

Der „Vorwärts“ ist in der Sache, diesen interessanten Bericht nach dem Protokoll vollständig mitzuteilen:

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat sich mit der Frage, wie die Arbeitgeber sich der unaufrichtigen Streikangriffe der organisierten Arbeiter am besten erwehren können, bereits eingehend beschäftigt und zu der Frage der Streikversicherung schon Stellung genommen. Hiermit darf sich der V. d. A. aber nicht zufrieden geben, sondern er muß alle Abwehrmittel der Arbeitgeber einer Prüfung unterziehen und geeignete Vorschläge machen, wie die Wirksamkeit der Streikabwehrmittel nach Möglichkeit erhöht werden könnte.

Zu den wichtigsten Abwehrmitteln der Arbeitgeber gehört auch die Aussperrung von Arbeitern.

Diese wird meistens da angewendet, wo eine Arbeiterorganisation eine allgemeine Forderung durch aufeinanderfolgende Einzelstreiks durchzuführen will.

Das suchen die Arbeitgeber dadurch zu vereiteln, daß sie durch Aussperrung aller Arbeiter die Einzelstreiks zu einem Generalstreik erweitern.

Sind in solchem Falle die Arbeiter nicht stark genug, um den Generalstreik gewinnen zu können, so ist die Aussperrung erfolgreich, insofern zeigt sich manchmal, daß die Arbeiter nicht deshalb zu dem Mittel der aufeinander folgenden Einzelstreiks gegriffen haben, weil sie sich zum Generalstreik zu schwach fühlten, sondern weil sie die Durchsetzung ihrer Forderung mit geringeren Kosten durch aufeinanderfolgende Einzelstreiks zu erreichen hofften.

Die Arbeiter gehen dabei von dem durchaus richtigen Grundsatze aus, daß versucht werden muß, den Sieg eben mit möglichst geringen Opfern zu erlangen.

Dieser Grundsatz muß auch für die Arbeitgeber durchgeföhrt werden und deshalb muß die Frage geprüft werden, ob derselbe bei der bisherigen Taktik der Aussperrungen genügend berücksichtigt worden ist.

Die Aussperrungen erfolgten bisher in der Weise, daß die aussperrenden Arbeitgeber entweder ihre sämtlichen Arbeiter auf einmal oder stufenweise entließen, meistens in Abteilungen von je 10 Prozent der Gesamtzahl.

Die Aussperrung sämtlicher Arbeiter bringt für die aussperrenden Unternehmer den Stillstand ihrer Betriebe und einen großen pekuniären Schaden mit sich.

Die Aussperrung eines Teiles der Arbeiter ist vielfach ohne entsprechende Wirkung auf die Arbeiterorganisation geblieben, weil die aussperrenden Unternehmer ihre schlechtesten Arbeiter zuerst entlassen, diese aber zumeist junge Leute sind, welche leicht ihren Rang an anderen Orten abgeben können.

Die volle Aussperrung bedeutet eine kostspielige, die teilweise Aussperrung eine wenig wirkungsvolle Kriegsführung, mithin ist eine billigere und zugleich wirksamere Art der Aussperrung anzustreben.

Das Ziel läßt sich erreichen, wenn man die teilweise Aussperrung in der Weise vornimmt, daß die Arbeiter in der Reihen-

folge ausgesperrt werden, wie ihre Namen im Alphabet aufeinander folgen.

Diese Aussperrung trifft dann gleichzeitig alte und junge, tätige und untätige, verheiratete und unverheiratete Arbeiter und deshalb wirkt sie auf die Arbeiter empfindlicher.

Noch empfindlicher würden die Aussperrungen auf die Gegner wirken, wenn als Gegenstoß gegen eine Reihe von Einzelstreiks eine Aussperrung von Arbeitern desselben Berufes über ganz Deutschland erfolgen könnte und zwar in der Weise, daß alle Arbeiter, deren Namen mit dem Buchstaben A anfängt, ausgesperrt würden. Diesen A-Leuten würden zuerst die B-Leute, dann die C-Leute usw. folgen.

Die ausgesperrten Leute sind durch ihre Namen leicht kenntlich gemacht, so daß die Einstellung dieser ausgesperrten Leute durch Unachtsamkeit kaum möglich ist, wodurch die forzte Durchführung der Aussperrung verbürgt wird. Den ausgesperrten A-Leuten muß natürlich der Eintritt in die mit Einzelstreiks bezogenen Betriebe gestattet sein.

Wenn nun die innerhalb eines Berufszweiges ausbrechenden verschiedenen Einzelstreiks in der Weise von den Arbeitgebern bekämpft werden, daß sie jedesmal die A-Leute des Berufes eventuell auch die folgenden B-Leute usw. ausgesperrt haben, so ist es klar, daß während eines lebhaften Streikjahres die A-Leute nie zur Ruhe kommen, sondern eine Aussperrung nach der anderen über sich ergehen lassen müssen.

Das können die A-Leute auf die Dauer nicht erdulden, sie müssen deshalb sich entweder bequemen, als Arbeitswillige bei Streiks ihr Brot zu verdienen, oder sie müssen von den Arbeiterorganisationen vollen Ersatz ihres Lohnes verlangen.

Zu dem letzteren werden sich die Arbeiterorganisationen wohl bequemen müssen und damit verliert das System der Einzelstreiks seinen ökonomischen Wert für die Arbeiterorganisationen, weil die Entschädigung an die ausgesperrten A-Leute 2-3 Mal so hoch bemessen werden muß, als das gewöhnliche Streikgeld. Wenn also die Arbeitgeber auf jeden streikenden Arbeiter z. B. zwei A-Leute aussperrten, so werden die Ausgaben der Arbeiterorganisationen für den einen Streik auf das fünf- bis sechsfache des gewöhnlichen Streikgeldes steigen.

Das von dem V. d. A. vorgeschlagene System der Aussperrungen ist sehr erheblich; man verbirbt ihnen die Ökonomie des Systems der Einzelstreiks und erschwert ihnen dadurch das Streiken überhaupt.

Es ist klar, daß die unschuldigen Leidtragenden bei diesem System der Aussperrung diejenigen Arbeiter sind, deren Namen mit dem ersten Buchstaben des Alphabets anfangen.

Darüber muß man aber keine sentimentalischen Einwandlungen bekommen, um so weniger, als die Arbeiter sich in der Befolgung ihrer Ziele durch solche Gefühle auch nicht leiten lassen, im Gegenteil, sie suchen sich als erste Opfer ihrer Einzelstreiks gegen diejenigen Arbeitgeber aus, welche am schwersten dadurch betroffen werden, nämlich diejenigen, welche entweder mit Aufträgen überhäuft sind oder welche sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden.

Die Arbeiter richten sich nach dem Recht, sie suchen ihre Ansprüche nach dem schwächsten Punkt ihrer Gegner zu richten, und

deshalb müssen die Arbeitgeber ihrerseits ebenfalls die schwächsten Punkte der Arbeiter für ihren Gegenstoß ausfinden.

Wer den Krieg beginnt und seinen Gegner mit allen Kräften der Kriegsführung zu besiegen trachtet, darf sich nicht belagern, wenn sein Gegner ebenfalls Kriegskünste anwendet.

Nach Beschluß des Vorstandes ist es erwünscht, daß die im V. d. A. zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände in Beratung darüber einleiten, ob die vorgeschlagene neue Art der Aussperrungen sich zur allgemeinen Anwendung empfiehlt.

Es hieße die Wirkung dieses Bekenntnisses zum praktischen Christentum abschwächen, wollte man sie kommentieren. Nur seine sentimentalischen Anwendungen ist die Lösung. Das System der Dezimierung ist noch human gegenüber dieser Massenwürgung nach dem Alphabet!

Freilich, das Proletariat fürchtel sich vor diesen neuen infam-boshafte Plänen nicht; ihre Enthüllung lehrt sie nur aufs neue die ganze Innigkeit des praktischen Christentums unseres Staatserhaltenden erkennen, dessen Evangelium die Aushungerung nach dem A B C ist.

Wieder einmal Bülow und Bebel.

Nach rascher Erlebigung der beiden Militär-Vorlagen begann der Reichstag am Mittwoch die dritte Lesung des Etats. Sie begann mit einer wichtigen Anlagerebe des Genossen Bebel gegen den verantwortlichen Vetter der Reichspolitik, der in seiner Eigenschaft als Premierminister des Kaiserreiches Preußen durch scharfmaßerige Neben um die Gunst der agrarischen und industriellen Sklavenhalter in dem sogenannten Abgeordnetenkaufe zucht hatte. Die Mägden des Schönredners auf dem Kanzlerstuhl, die er beim Einbringen der Berggesetznovelle vorbrachte, waren um so beplatzter, als gerade Anfang, Verlauf und Ende des Bergarbeiterstreiks die Behauptung kapitalistischer Goldschreiber, daß die Sozialdemokratie zum Streik hebe, in ihrer ganzen Verlogenheit offenbaren. Am Schluß seiner Rede wandte sich Bebel gegen die marokkanischen Kriegshereyen der Militärs. Da der Reichskanzler ganzlichlich nicht auf den Krieg zu sprechen kam, so erwiderte er bei Hand hatte, gab es zunächst als Intermezzo eine Polenbehalte, die nicht eben neues zu Tage förderte. Von einem gewissen humoristischen Werte waren die blutigen Staatsreichphantasien, die der in Grönderehren grau gewordene Karstorf zur Abwechslung wieder zum besten gab. Zwischen hatte sich Bülow präpariert und hielt eine seiner gewohnten „Staatsmännchen“ Reden, die in der Geschichte der politischen Beredsamkeit etwa den Rang einnehmen, wie die Romane der Natalie von Schluß in der Literatur. Ein weiteres Eingehen auf die Rede des Reichspauderers wäre sinnhafte Verschwendung von Papier und Druckerfchwärze. Nachdem dann der nationalliberale Polenfreßer Sieg ein wenig gehalatselt und der Demokrat Blumenthal eine Reform des reichsländischen Wahlrechts gefordert hatte, gab Bebel dem großprecherischen Miniaturbismarck eine derbe Antwort, deren Eindruck durch die nachfolgende Zukunftsstaatsbetrachtung Bülows nicht abgeschwächt wurde. Nach einer

Jugendieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

67

(Nachdruck verboten.)

Umschlich wurde Horstmann müde. Die Zeit selbst brach seinen Widerstand. Er fühlte ein dumpfes Grauen gegen den allmächtigen Arzt und unterwarf sich ihm in allen Dingen.

Von dem Augenblick an zeigte auch Doktor Einzheim wieder seine frühere Lieblichkeit. Er kam wie immer jeden Mittag zur bestimmten Stunde, bestellte dem Kranken freundlich die Hand, fragte, wie er geföhle, ob ihm das Essen geschmeckt habe? Und dann lag er mit ihm eine harmlose Unterhaltung an, bis er wie durch einen Zufall auf die Krankheit zu sprechen kam.

„Na, sind Sie jetzt überzeugt, daß Sie krank sind?“

„Ja wohl!“

„Sehen Sie jetzt ein, daß wir Sie nicht widerrechtlich, sondern in Ihrem eigenen Interesse hier behalten?“

„Ja wohl!“

„Wenn Sie nämlich herauskämen, würden Sie doch bloß wieder Geschichten anstellen.“

Horstmann nickte.

„Oder haben Sie eingesehen, daß niemand etwas Böses gegen Sie im Schilde führt?“

„Ja wohl!“

„Also Sie sind jetzt überzeugt davon, daß Ihre früheren Beobachtungen nur auf Irrtum beruhen; eben auf Ihrer Krankheit?“

„Ja wohl!“

„Dann müssen Sie sich diese Fabel von dem nächtlichen Einbruch gründlich aus dem Kopf schlagen. Es hat ein solcher niemals stattgefunden.“

Horstmann antwortete nicht.

„Oder glauben Sie etwa doch?“

Eine Weile schwieg der Kranke und schien nachzudenken, dann sagte er:

„Ich stand in der Nacht gegen elf am Fenster. Als ich zum ersten Mal hinausguckte, war der Schnee frisch gefallen und glatt wie ein Tisch. Nach einer Stunde guckte ich wieder hinaus, da waren Fußspuren im Schnee.“

„Wie kommen Sie zu dem Gedanken, daß Sie krank sind?“

„Ich kann doch wohl meinen Augen trauen!“

„Das ist es ja eben. Sie haben damals an Halluzinationen gelitten. Sie mußten sich diese Gedanken energisch aus dem Kopfe schlagen. Aber werden Sie nicht wieder gesund. Wollen Sie mir das versprechen?“

Horstmann erwiderte sein gehorames „Ja wohl!“

Er lernte erst immer mehr einsehen, daß er in den Augen der Ärzte ein Kind ohne eigene Meinung, ohne eigenen Willen war. Und wie man ihm beim Eintritt in die Anstalt sein Geld, seine Schlüssel, sein Messer abgenommen hatte, lezte er jetzt seinen Stolz und seine Würde ab, spielte die Rolle, die man ihm aufdrängte, und sagte das Gegenteil von dem, was er dachte.

Auch beteiligte er sich jetzt an den Vergnügungen, die man in der Anstalt bot, er legte mit und trank im Gasthaus „Zur Post“ und „Zur Krone“ seinen Abendessen.

Bei den anderen Kranken war er wenig beliebt. Sie nannten ihn einen ungeschickten Feil. Und meckerten, diese harmlosen Narren, denen ein aufmerksames Ohr die Krankheit schon nach kurzer Unterhaltung anmerken konnte, waren alle unter sich einig, daß Horstmann ein ganz besonderes schlimmeres Verächter sei. Wenn er still vor sich hinsah und nichts sagte, stießen sie einander an und meinten: „Da sitzt er wieder und spinnt.“ Und als er sich einmal hinreißen ließ, von seinem früheren Leben zu erzählen, von der Luringer Brücke, die er gebaut hatte, blinzelten sie sich an und konnten nur mühsam das Lachen verbeissen. Nachdem er fortgegangen war, sagte einer: „Peidet der Feil aber an Größenwahn. Da hört sich ja alles an.“

Wie selber die Düsseldorf-Gesellschaft ihn instinktiv gehaßt, ihn verkleinert und geschmäht hatte, so hatte man ihn auch hier. Denn auch in diesem Irrenhause spielte sich das Leben, wenn schon in vergerter Form, doch auf denselben Grundlagen ab, wie draußen in der wirklichen Welt. Und wenn diese Kranken auch verträckt waren, wenn ihr Verstand gelitten hatte, und ihr Hirn aus dem Reim gegangen war, so hatten sie doch darnach nicht aufgehört, gewöhnliche Alltagsmenschen zu bleiben, die sich mit ihren Herdeninstinkten voll Haß und dumpfer Furcht vor dem zurückzogen, der fremd und finster unter ihnen lag.

Aber während die Tage, die Wochen, die Monate hinschlichen, mit kleineren Fügeln und inbaldstereen Geschehen, erfolgte in Horstmann selbst immer mehr die Erinnerung an das, was einstmal war. Immer seltener schweifete sein Auge und sein Geist über die Mauern, die unübersteigbar den Park umgaben.

Eine Nacht, in den klaren Winternächten, wenn das Geget der Frenn schrie, und der Wärter, der mit ihm das Zimmer teilte, nicht mehr schlief, wenn der gepenstehaste Flug der Schneeflocken die lautlose Stille noch stiller machte, dann wurde der Jugendieur oft durch den hellenden Pfiff einer Lokomotive geweckt.

Es war ein großer Kurierzug, der um zwei Uhr Nachts den kleinen Bahnhof von Rommanshausen durchkreuzte. Ganz schwach war aus der weiten Ferne das Tosen der Räder zu vernehmen. Dieser helle Aufschrei, in dem so viel jauchende Kraft, so viel Eile, so viel Wildheit, in dem Horstmanns ganzes früheres Leben lag, rief die mannigfaltigsten Erinnerungen in ihm wach. Er hob den Kopf aus den Kissen und lauschte mit entzücktem Ohr. Da lag sich ein zweites Pfiff vernehmen. Dann stieg er hastig aus dem Bett, öffnete das Fenster und starrte in die weite Nacht hinaus. Die Sehnsucht nach der Freiheit, nach der Jugend war in ihrer ganzen Inbrunst erwacht.

Es wollte ihm unfassbar scheinen, daß der Mann, der so oft selbst dies schwarze Tier, das ihm da aus unerreichbarer Ferne zuschlich, über noch jungfräuliche, von keinem Stahlab berührte Eisenbahnen gelenkt, der mit seinem Herr von Arbeitern, Rattenführer, Werkmeister ein wahres Herrscherleben geführt hatte, daß dieser einmal er selbst gewesen war, er, der hinter den vergitterten Fenstern stand, ein Bettler, ein Kind an Nacht, ein gedemütigter Hülfler.

Es wollte ihm unfassbar erscheinen, unnatürlich wie der Traum eines Wahnsinnigen, zu furchbar, als daß es Wirklichkeit sein konnte. Er stand lange da, den Kopf gegen das Eisengitter pressend. Dunkel und wir wie vor ihm die Nacht voll menschlich treibender Schneeflocken, erschien ihm das Leben, das menschliches Dasein formt und zerbricht mit mitleidloser Willkür.

Aber wenn er sich dann, von Kälte durchschauert, zu Bett legte und der Schlaf ihn übermannte, blieben die noch nicht zur Ruhe gekommenen Erinnerungen wach. Der Traum machte die Vergangenheit zur Gegenwart. Am liebsten beschäftigte sich sein Geist mit der Luringer Brücke. Dann dacht er in seinem Saubureau lange Zwiegespräche mit seinen Ingenieuren, oder er stand unten am Flußbett und begleitete das Dröhnen der Dampfmaschinen mit zustimmenden Ausbrufen: „Hum! So ist's recht. Noch mal! Hum! Hum!“ er hieß die Leute Pulverminen legen, hieß die Drahtseile stärker anziehen, wenn sich Wind erhob, er schrie dem Schloffer zu, der hoch oben auf den eisernen Spieren leuchte, er war bald hier, bald da, lobte, tadelte, fluchte, lachte, schrie sich laut an, hielt dann wieder in einem Atem lange Erörterungen, einem eingebildeten Führer gegenüber, dem er die Großartigkeit seines Wertes erklärte.

In dem Bett aber, welches nebenan stand, grunzte und stöhnte der Wärter, wach sich unruhig hin und her, gähnte und verließ die Augen aufzureißen, widerwillig vom Schlaf sich trennend, bis er schließlich erlachte, wobei die schlammigen Reden kamen. Dann bohrte er die fixen Augen zum Fenster, horchte einen Augenblick auf, ohne recht was zu verstehen, und fing von neuem an zu schnarchen. Am nächsten Morgen aber berichtete er dem Arzt, daß der Kranke mal wieder die ganze Nacht hindurch halluziniert und ganz fürchterlich gerappelt habe.

(Fortsetzung folgt.)

merkwürdigen Rede des Unterrichters ...

Vom Kriegsschauplatz

Neben wichtige Nachrichten auch heute nicht vor. General Karolowitsch meldet dem Generalstab am 29. März: In unseren Armeen sind keine Veränderungen eingetreten.

Der „Petersburger Telegraph-Agentur“ wird im Gegensatz dazu als Situations von der ersten mandtschurischen Armee gemeldet: Gerüchten zufolge haben die Japaner in der letzten Woche keinen Vormarsch unternommen.

Kein Frieden.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt die Mitteilung des „Bureau Reuter“ über die Bereitwilligkeit Russlands zu Friedensverhandlungen für unrichtig.

Die bei Malden gefangenen genommenen Russen befragen in Japan einzuweisen; sie machen in ihren zerstückten Uniformen den Eindruck kriegslicher Verwahrlosung.

Die russische Flotte?

Ein englischer Dampfer berichtet, er sei am 19. März etwa 50 Kreischiffen und 14 Kohlen Schiffen, die ohnmächtig dampften, 20 Meilen nördlich von Malakassar begegnet.

Es brodelt weiter.

Aus Warschau wird gemeldet: Ein massenhaft vorbereiteter Anlauf der sozialistischen „Proletariat“ fordert die Revolution an sich einer eventuellen Repression mit Gewalt zu widerstehen.

Der Zar hat wieder einmal ein Reformreskript erlassen. Diesmal ist es an den Warschauer Generalgouverneur gerichtet. Der Kaiser beauftragt diesen, unter gelebte Unterdrückung der künstlich hervorgerufenen Wirren an die Ausarbeitung von Reformen zu schreiben.

Was für ein Wert derartigen Stillübungen beizumessen ist, beweist schon die namenlos kindliche Auffassung von den künstlich hervorgerufenen Wirren.

In einer Zusammenkunft der Adelsmarschälle von 20 Gouvernements in Moskau wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wird:

Die öffentliche Meinung hat das bürokratische Polizeiregime verurteilt. Der Krieg hat die Unordnung in der Staatsverwaltung, der Aufstand die Unordnung im inneren Leben erhöht. Durch eine Reihe von Reformen, Resolutionen und Reskripten hat die öffentliche Meinung Russland einen großen Dienst erwiesen.

Das ist weder Fisch noch Fleisch. Die Beratungen zur Einberufung einer Volksvertretung sollten am Mittwoch in Petersburg unter dem Vorsitz des Ministers Buzingin ihren Anfang nehmen.

Politischer Heberbüch.

Zimmer nobel! Die nobel sich die preussische Staatsregierung gegen die Arbeiter benimmt, dafür ist anlässlich der Untersuchungen über die Bergarbeiterverhältnisse ein neuer schäudernder Beweis erbracht.

Bedauerlich haben die ministeriellen Untersuchungskommissionen die Fragen, welche natürlich Vergleiche zu den Untersuchungsverhandlungen geladen. Man wird es nun für selbstverständlich halten, dass bei den Leuten auch die entsprechenden Zeugnisschriften ausgezogen werden.

Der Mann leistet der Ladung selbstverständlich Folge, wodurch er bunte Aufgaben hatte und nicht anderes verdienen konnte.

er sich mit einem beschuldigten Besuch an den Herrn Oberbergamtsrat Althöfer. Nicht wenig überrascht war der Mann, als er folgende Antwort erhielt:

Dortmund, den 16. März 1905.

Auf Ihr an den Herrn Oberbergamtsrat Althöfer gerichteten Schreiben vom 8. März d. J. wird Ihnen hiermit eröffnet, dass eine Entschädigung für entgangenen Gehaltsverlust nicht gewährt werden kann, da die Verhandlung eine politische war und Entschädigung an Jungen für derartige Verluste bei solchen Verhandlungen nicht gewährt werden.

Es geht nicht über eine arbeiterfeindliche Regierung, deren Kausler im Reichstag und Landtag mit humanen Phrasen und Platanen herumtänzelt, während seine Unterbeamte in dieser Manier mit den Arbeitern herumspringen.

Herr Bender, wie wird Ihnen? Ein bemerkenswertes Entgegenkommen hat die württembergische Eisenbahnverwaltung der Arbeiterschaft gegenüber an den Tag gelegt.

Die Eisenbahn-Betriebsinspektion in Stuttgart übersandte nämlich dieser Tage dem Stuttgarter Arbeiter-Sekretariat einen Entwurf zum Sommerfahrplan für 1905 mit dem Ersuchen, etwaige Abänderungsvorschläge der Arbeiterschaft der Eisenbahnverwaltung bald zur Kenntnis zu bringen.

Man vergleiche das Entgegenkommen einer staatlichen Behörde mit der sichtbaren Angst, die unsere Bürgermeister und Stadträte vor dem schlechten Ton der Agitatoren und Verbändler haben! Wann wird es in Breslau so leicht werden wie in Stuttgart?

Pastor Bodelschwing und die Vergleute. Im Abgeordnetenhaus nahm auch der alte, unvermeidliche komische Pfarrer Bodelschwing die Gelegenheit wahr, um seine Meinung zu dem Ruhrstreik zu äußern.

Ich bin seit langen Jahren in der Arbeit und kenne viele Vergleute und es kommt mir vor, als ob, seitdem die Arbeiterbewegung das Regiment führen, ein Rückschritt in idealer Beziehung erfolgt ist. Ich hoffe, dass nach Inkrafttreten der Vergleutungsstellen wieder höhere ideale Gesichtspunkte auf diesem Gebiete Geltung gewinnen, das Explosivstoffe beseitigt und Streiks verhindert werden.

Redner geht nach seiner Rede zum Minister Möller und schüttelt ihm herzlich die Hand. Nur als Stimmungsbild, nicht um zu polemisieren, drucken wir diese Rede ab.

Marokko. In den Auseinandersetzungen der letzten Tage über Marokko war es besonders auffallend, dass die englische Presse sich einer außerordentlichen Zurückhaltung befleißigte.

Der hiesige Artikel der „Times“ fordert die britische Kolonie in Tanger geradezu, den Empfang des deutschen Kaisers nicht allzu demokratisch zu gestalten und alles zu vermeiden, was irgendwie als Unhöflichkeit gegen Frankreich ausgelegt werden könnte.

In Paris tritt man zu gleicher Zeit zu Behauptungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ entgegen, dass Deutschland von dem Abkommen nicht unterrichtet gewesen sei. Der „Matin“ behauptet, Delcasse habe den Wortlaut des Abkommens auf diplomatischem Wege der deutschen Regierung mitgeteilt, ehe es unterzeichnet war.

Gegen das Prügeln und Schimpfen in den höheren Schulen wendet sich eine Verfügung des Danziger Provinzial-Schulkollegiums an die Direktoren der höheren Lehranstalten, die jetzt vom Unterrichtsminister seinem gesamten Bereich mitgeteilt wird.

Mehrere Fälle von Ueberreizung des Bücklingsrechts durch Lehrer höherer Schulen unserer Provinz hatten das Kollegium veranlasst, die amtlichen Vorschriften über körperliche Züchtigung in Erinnerung zu bringen, zu ermahnen. Auch Schüler der drei unteren Klassen dürfen ohne Wissen des Direktors und Ordinarius körperlich nicht geprügelt werden.

Ob nicht gar vieles, was für die „höheren“ Schüler gilt, auch bei den Schülern aus dem gewöhnlichen Volke zutrifft?

Die Staatsbeamten im Herrenhause vollziehen sich mit Eiligkeit. Wichtige Staats, wie der der Anstaltungs-Kommission, werden ohne Debatte erledigt. Dafür freilich sprechen die Herren manchmal über Dinge, die wirklich einer so weitläufigen Erörterung wert sind.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat am Mittwoch die Wahl des konservativen Abg. Pauli für Oberbarnum zu beanstanden beschloffen.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordnetenhauses hat am Dienstag den Antrag betreffend die Sonntagruhe für die Eisenbahnbeamten und Arbeiter der Regierung zur Erwägung überwiesen, wobei in der Regel wenig herauskommt.

Nationalliberal. Der Landtagsabgeordnete Franken ist nationalliberal. Docum fiel es ihm nicht schwer, im evangelischen Arbeiterbunde zu Bismarck den Vorschlag zu führen und zugleich in Sachen der Vergesetze auf Seiten der Herren Thyßen, Kirchow und Genossen zu stehen.

Eine neue Verfassliste wird aus Windhof gemeldet. Darnach sind von der Abteilung Kirchner in den Gefächten bei Koss, Sabank und Aus am 10. und 11. März elf Mann gefallen, zehn schwer verwundet, elf leicht verwundet worden.

Das gegen den Grafen Rüdiger von der Staatsanwaltschaft in Potsdam eingeleitete Strafverfahren wegen einer Rede in Babelsberg, in der Graf Rüdiger gegen den Herzog Ernst Günther Angriffe gerichtet und die Einkünfte aufgeföhrt hatte, in die Judenläden einzubrechen, ist eingestellt worden.

Wegen Beleidigung des Herzogs von Koburg-Gotha verurteilte die Koburger Strafkammer den Kaufmann Gebhard aus Stuttgart zu sechs Monaten Gefängnis.

Partei-Angelegenheiten.

Prozesse gegen sozialdemokratische Redaktoren. Da Schäfergericht in Karlsruhe verurteilt nach schiedsrichterlicher Verhandlung den Redakteur Willi vom sozialdemokratischen „Volksfreund“ wegen Beleidigung des Karlsruher Stadtrats und des Bürgermeisters Krämer zu 200 M. Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen.

Vor dem kaiserlichen Schwurgerichte in Zweibrücken stand der Redakteur unseres Präher Parteiorgans, Genosse Dietrich, wegen Beleidigung der Gendarmen Striebingen und Stachel in Birmensfeld. Der Staatsanwalt gab zwar zu, dass die beiden Gendarmen etwas zu weit gegangen seien, hält aber im übrigen die Anklage aufrecht.

Die Einigung des französischen Sozialismus. Der Parteitag der französischen sozialistischen Partei (Zentralisten) in Rouen hat zu Beschlüssen geführt, welche die lang ersehnte Einigung der gesamten französischen Sozialdemokratie in bessere Aussicht stellen.

Drucklegung dieser Rede zur Verhandlung einstimmig beschlossen. Der Konflikt mit der parlamentarischen Fraktion fand seine Erlebung durch eine Resolution, welche besagt, daß die Grundzüge der Einigkeit für die parlamentarische Aktion die Regel geben und daß für Ausnahmefälle bis zur endgültigen Vertiefung der Einigkeit allein der Nationalrat der Partei die entscheidende Befugnis über das Verhalten der parlamentarischen Fraktion haben soll. Das tatsächliche Ergebnis der Verhandlungen ist der Sieg der Einigkeit im Sinne des linken Parteiflügels.

Die Kunde von Rom wird in der gesamten sozialistischen Welt den größten und freudigsten Widerhall, aber auch den Wunsch erwecken, daß es nun endlich einmal zu der längst wünschenswerten Einigung kommt.

Arbeiterbewegung.

Im Streik der Drechsler in Bernau haben bisher fünf Werkstätten mit 60 Arbeitern die Forderungen der Arbeiter anerkannt. In zwei Werkstätten mit 23 Arbeitern wird noch gestreikt.

Die Maler- und Lackierergesellen in Leipzig wollen vom 1. April ab eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pfennig durchsetzen, sie sind mit dieser Forderung an ihre Arbeitgeber herangetreten.

Die Tapezierergesellen in Oldenburg haben wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt.

Der Streik in der Waggonfabrik Linden dauert unverändert fort. Die Betriebsleitung hat jede Verhandlung abgelehnt. Selbst der Versuch des Gewerkschaftsleiters Borgmanns vermittelnd einzugreifen, wurde von der Firma zurückgewiesen.

Die Maler in Erfurt haben eine Vereinbarung getroffen, nach der der Minimallohn pro Stunde um 3 Pfennige erhöht, und die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden festgesetzt wird. In Ostrod haben die Gesellen den bestehenden Tarif gekündigt, zu einer Einigung ist es bis jetzt noch nicht gekommen. In Dösa hat eine Tarifbewegung begonnen, bei der die Gesellen die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages, einen Minimallohn von 40 Pfennige und die Regelung der Hebräenarbeit verlangen. In Eschwege werden die Gesellen die zehnstündige Arbeitszeit und die Einführung von Minimallöhnen.

Wegen Lohnfreistellungen ist die Mehrzahl der Tapezierergesellen in Mannheim in den Ausnahmestellen.

Die Strohbinden- und Strohseiler in München haben wegen Lohnfragen die Arbeit niedergelegt.

Die Brauerarbeiten in Ansbach sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Abschaffung des Haupttrunks und Entschädigung dafür, Verkürzung der Arbeitszeit und Wohnungsaufschub der Brauereibetriebe. Die Arbeiter wollen die Arbeit niederlegen, wenn nicht eine Einigung mit den Arbeitgebern zu Stande kommt.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 30. März.

* Zu unserer Freude kommt Herr Sdenbe noch einmal aus seinem Pluterkohle hervor und beschäftigt sich in einem Briefe an die „Schlesischen Nachrichten“ mit der Stadtverordnetenrede am letzten Montag. Wenn er bei Ablesung seines Ergusses wirklich geglaubt hat, seine verlorene Position damit aufbessern zu können, so wird er diesen Staub beim Studieren seines Leitblattes aufgeben haben. Der Redakteur Cobölen hat ihn nämlich mit soviel Dummheiten bekränzt, daß selbst der Versuch einer Rechtfertigung von unseren Anklagen dabei erstickt wurde. Es ist zunächst ein fundamentaler Irrtum, wenn der Herr glaubt, wir erinnern uns des gesegneten Reinfalls des Stadtverordneten Sdenbe „mit schlecht verhaltenem Mut“. Woher denn, die Freude über den klirrenden Volksvertreter blüht aus jeder Zeile unseres ausführlichen Berichts, mit Vergnügen drucken wir jeden Satz der blamablen Rede des Herrn Sdenbe ab, weil wir wußten: das tut seine Wirkung. Deshalb ist auch die Ueberraschung des Herrn Cobölen über die Selbstverständlichkeit, daß wir an der Arbeiterdebatte unseren Parteitopf wärmen, total unverständlich. In dem Punkte sollte er doch die geliebten roten Brüder schon kennen.

Über kommen wir zu dem Briefe des Herrn Sdenbe, dessen volle Inhaltsangabe die Sicherheit unserer Position dokumentieren mag. Der gute Mann schreibt also:

Von befreundeter Seite wird mir schon die Nummer 74 der „Volkswacht“, die den Bericht über die letzte Stadtverordneten-Versammlung enthält, zur Kenntnisnahme übergeben. Ich möchte dazu bemerken, daß es absolut falsch ist, mich als unbedingten und prinzipiellen Gegner von Arbeiterausschüssen hinzustellen. Für gewisse geschlossene Betriebe, wie Bergwerke, Eisenbahnwerkstätten usw., halte ich dieselben sogar für sehr wünschenswert und notwendig; das schließt aber keineswegs aus, daß ich im gegebenen Falle die Schaffung eines Arbeiterausschusses für städtischen Arbeiter für inopportun halte. Die Stadt Breslau beschäftigt die verschiedensten Kategorien von Arbeitern, wie Gasarbeiter, Wasserwerksarbeiter, Mohrleger, die Angestellten der elektrischen Straßenbahn, die Angestellten des Markfalls, Straßenreiner, Parkarbeiter usw., und alle diese Gruppen haben eine verschiedene, oft direkt entgegengesetzte Interessen, wie zum Beispiel die Frage der Lohnberechnung und Arbeitszeit. Es ist deshalb meines Erachtens gänzlich ausgeschlossen, daß ein Arbeiterausschuß, der so verschiedene Interessen zu vertreten hätte, eine segensreiche Tätigkeit entfalten könnte. Auch könnte von einem einheitlichen Willen nur die Rede sein, wenn der Arbeiterausschuß einer zentralen Leitung gegenüberstehen würde, mit der er in allen Fragen verhandeln könnte, eine solche aber existiert nicht und kann bei der vielfachen Gliederung unserer städtischen Betriebe nicht existieren. Ich halte es deshalb für den gangbarsten Weg, daß jeder Betriebsleiter angewiesen wird, bei der Regelung von Lohn, Arbeitszeit und anderen die Arbeiter interessierenden Fragen, sich mit vertrauenswürdigen Arbeitern seiner Gruppe zu besprechen und sich auf Grund dieser Informationen mit seiner vorgesetzten Behörde — Deputation usw. — zu verständigen; dort wäre eine gerechte und loyale Behandlung um so eher gewährleistet, als in den Deputationen zumeist Vertreter der Bürgerchaft, der Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats sitzen. Eine diesbezügliche Anregung habe ich bereits vor längerer Zeit in dem betreffenden Ausschusse gegeben. Es darf übrigens nicht außer acht gelassen werden, daß ein großer Teil der städtischen Arbeiter mit leichter Arbeit beschäftigt wird, damit er nicht der öffentlichen Armenpflege zur Last fällt und daß in manchen Betrieben je nach der Saison und dem jeweiligen Bedarf die Zahl der Arbeiter sehr verschieden ist; die Zusammensetzung des Ausschusses würde also fortwährend Änderungen unterworfen sein. Aus allen diesen Gründen kann ich mich für einen Ausschuß der städtischen Arbeiter nicht erwärmen, zumal nach Lage der Dinge die Annahme berechtigt erscheint, daß dieser Ausschuß völlig in sozialistischem Fahrwasser schwimmen würde.

Julius Sdenbe, Stadtverordneter.

Die befreundete Seite, die Herrn Sdenbe den „Volkswacht“-Bericht übermittelt, war unsere Expedition, sie hat ihren Zweck also erreicht, was zuvörderst konstatiert sei. Herr Sdenbe bestreitet — nachdem er auf den Unsinn seiner Rede aufmerksam gemacht wurde —, daß er sich unbedingt und prinzipiell gegen die Arbeiterausschüsse erklärt habe. Der

eigene Bericht seiner beiden katholischen Leitblätter macht die Anrede zu Effig, denn beide berichten über Sdenbe's Rede:

„Sdenbe würde nie für Arbeiterausschüsse sein, da dieselben nur der Agitation der Sozialdemokratie Vorhand leisten würden.“

Und das stenographische Protokoll wird ausweisen, daß sich kein katholischer Berichterstatter nicht geirrt hat. Was dann von Herrn Sdenbe über einen Arbeiterausschuß für städtische Arbeiter ausgeführt, klingt gerade so, als ob es sich ein Ding im Himmel und auf Erden noch nicht gäbe. Dabei haben unzählige deutsche Städte, darunter Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig, Halle usw., seit langen Jahren solche gefährliche Institute eingerichtet und sind noch nicht zusammengestürzt, obwohl auch sie Laternenanzünder und Mohrleger, Straßeneiniger und Parkwärter haben. Die schnelle Ausrede ist also noch sauer als die erste. Zum Schluß sagt Herr Sdenbe, er will diese Ausschüsse nicht haben, „zumal nach Lage der Dinge die Annahme berechtigt erscheint, daß dieser Ausschuß völlig in sozialistischem Fahrwasser schwimmen würde“. Uff einmal fliegt ein Stein raus, würde der Berliner sagen, denn hier liegt der Hase im Pfeffer. Wo christliche Arbeiter tätig sind, da mag so ein Ausschuß noch angehen, denken die Arbeiter aber was sie wollen, dann ist's aus mit der Arbeiterfreundlichkeit und Gerechtigkeit! Für dieses Zugeständnis danken wir höchlich. Ebenso für den Dreckschwanz, den Herr Cobölen an Herrn Sdenbe's Einsetzung anheftet. Darin heißt es nämlich:

Wie haben dieser Erklärung nichts hinzuzufügen. Die wohlverdienten Hiebe, die Herr Sdenbe den sozialdemokratischen Stadtverordneten verleiht, haben gefesselt; das beweist am besten der wulstige Artikel der „Volkswacht“. Wenn Herr Sdenbe den sozialdemokratischen Rednern entgegengebracht hat, daß sie bezahlte Agitatoren seien, so man er damit viel leicht gegen die parlamentarische Form gekündigt haben — die Sozialdemokraten haben nach ihrem Verhalten allerdings am wenigsten Anspruch auf deren Schutz (Auch auf d. Red. d. W.) — jedenfalls aber hat er die Wahrheit gesagt, mag sie manchen Seiten auch noch so bitter sein! Daß demgegenüber der sozialdemokratische Redakteur Löbe der Stadt Ausbeutung ihrer Arbeiter vorwerfen durfte, ohne moniert zu werden, ist für unsere beschränkten Intellektualen erstand (Schr richtig! d. Red. d. W.) nicht recht fälschlich. Wenn der plötzlich auffallend arbeiterfreundliche Vorstehende bemerkte, daß die Aeußerung des Stadts. Löbe bereits durch Bürgermeier Mehl zurückgemeldet sei, so dürfte sich die Mehrheit der Versammlung für diese durchaus unzulässige Uebersetzung der Disziplinargeschäfts an ein Mitglied des Magistrats jedenfalls bestens bedanken. Im Reichstage sind Bundesratsmitglieder, die einen Abgeordneten zu rekrutieren suchten, vom Präsidenten wiederholt scharf zurückgewiesen worden.

Daß Herr Löbe sich in dem Bericht über seine Rede, die er in auffallendem Druck wiedergibt, zu seiner größeren Ehre mit zahlreichen angeleglichen Zwischenrufen bedient, rechnen wir seiner Bescheidenheit zugute; andere Leute haben von der fortgesetzten „Nüchternen Heiterkeit“ allerdings nichts bemerkt; nämlich, daß sie lediglich von Herrn Löbes beiden Fraktionskollegen ausging. Die Herren haben den Wert der Arbeitstellung erkannt: einer redet und die beiden anderen haben zu lachen!

Es geht nichts über eine gute Sachkenntnis. Der Mann, der sich hier berichtende Bemerkungen über die Vorgänge im Stadtparlament erlaubt, weiß noch nicht einmal, daß dort nur zwei Sozialdemokraten sitzen, nicht drei! Er zählt offenbar noch einige Genossen im Zuhörerraum zur Fraktion, aber dann ist die Zahl wieder zu klein. Der weise Schreiber, der von den Zwischenrufen offenbar noch weniger weiß als von der Zusammensetzung im Stadtparlament, sollte seine Nase erst in die elementarsten Dinge stecken. Die Genossen aber mögen sich durch Beteiligung an den öffentlichen Sitzungen von den Vorgängen überzeugen.

Nun blieben noch die bezahlten Agitatoren. Bei ihnen ist die Hauptsache, daß sie etwas taugen. Der Windhorstbund und der Volksverein fürs katholische Deutschland, die christlichen Gewerkschaften und das Zentrum haben auch bezahlte Agitatoren, leider meistens total unfähige, der größte Tölpel aber ist zweifellos Herr Cobölen selbst. Dieser Mann, der erst für liberales Geld liberal schrieb, um später für kirchliche Bezahlung kirchlich zu klumpen, verbricht die unglaublichsten Sachen. Er macht den nationalsozialistischen Diskenfänger wie den Anarchisten Nieuwenhuis zu Sozialdemokraten, er erfindet freiweg sozialdemokratische Stadtverordnete und wird demnächst seine eigenen neuen Parteigenossen unter die Juden einrangieren. Und nach diesen Leistungen heißt es noch in seiner Abkommeneinladung: die „Schlesischen Nachrichten“ sind „der Kanal, der alle Katholiken verbindet und befruchtend, sammelnd, einigend, aufklärend und begeisternd in die entlegensten Ecken bringt.“ Drum stinks auch so, das kommt aus dem Kanal!

* Arbeiter-Debatten sind — langweilig!

Unsere Festnagelung, daß die Zentrumspresse so einwandfrei ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ dokumentierte, als sie die Arbeiterdebatte im Stadtparlament langweilig nannte — diese Festnagelung paßt der „Schlesischen Volkszeitung“ nicht. Sie behauptet, das sei ein — Druckfehler (!) und solle eigentlich „langwierig“ heißen. Es wird wohl weniger ein Druck- als ein Schreibfehler sein und die Schreiber gab nur die eigentliche Meinung des Schreibers wieder. Aber selbst, wenn die Arbeiterdebatten nur „langwierig“ sein sollten, so ging aus der Sdenbe-Rede und der zustimmenden Aeußerung der Zentrumspresse hervor, daß sie die Erörterung der Arbeiterangelegenheiten für überflüssig und damit für langweilig halte und das wärscht kein Zentrumsregen fort.

* Ein Flugblatt, das wir unseren Lesern zum eingehenderen Studium und zur Beachtung empfehlen, liegt der heutigen Stadttafel der „Volkswacht“ bei. Es handelt sich um die Gemeindefeuern und den Erwerb des Gemeindefeuermehrheits. Möge jeder unserer Leser der Mahnung Folge leisten, die das Flugblatt an ihn richtet, und baldmöglichst das Wahlrecht erwerben.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* Mohrlegerstreik in Sicht! In der gestern stattgefundenen Sitzung der beiderseitigen Lohnkommissionen haben sich die Verhandlungen zerfallen. Es dürfte daher, falls nicht noch in letzter Stunde eine Verständigung erzielt wird, um Streik kommen. Hierüber wird die morgen

Freitag Abends im Gewerkschaftshaus, Zimmer 2, stattfinden Versammlung entscheiden. Zunächst hat die Lohnkommission beschlossen, über die gesamten der Innung angehörenden Betriebe die Sperre zu verhängen. In allen diesen Betrieben ist Umfragen, sowie die Annahme von Arbeit streng zu vermeiden. Alle arbeitslosen Berufskollegen, ob organisiert oder unorganisiert haben, sich im Bureau, Neue Oberstraße 13a, in der Zeit von früh 9—10 Uhr zu melden.

Die Lohnkommission.
J. A. J. Schlegel.

Gottesburg, 30. März. Wechselwässer. Der seit dem 14. Februar in Untersuchungshaft befindliche Baununternehmer Paul Watterm von hier wurde von der Strafkammer zu Waldenburg wegen Wechselwässers zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, wovon ein Monat als durch Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurde.

Ziegenitz, 30. März. Flucht eines Erschlaffenen. Vor dem Kriegsgericht der 9. Division sollte verhandelt werden gegen den Leutnant Willy von Someyer vom hiesigen Königlich-Preussischen Grenadier-Regiment, welcher wegen Mißbrauch der Dienstgewalt angeklagt war. Die Anklage ist ziemlich bellater Natur und die Verhandlung hätte bestimmt unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden, wenn der Angeklagte nicht vorgezogen hätte, vor dem Terrain auszulassen. Da er auch keinerlei Erklärung über sein Ausbleiben abgegeben hatte, so beschloß das Kriegsgericht, die Sache zu verjagen und einen Haftbefehl gegen den Angeklagten zu erlassen. Der Angeklagte ist bereits vom Dienst suspendiert.

Jauer, 30. März. Die Hirsch-Dunder'schen haben hier eine Versammlung abgehalten, in der der Abg. Goldschmidt über den Ruhrkrieg sprach. Diese Rede war gepulst mit allerlei anfechtbaren „Wahrheiten“ über die freien Gewerkschaften und die Haltung der Sozialdemokratie beim Streik. Das hat in der anschließenden Arbeiterchaft arg verbittert, weshalb das Gewerkschafts-Komitee für Montag Abends 8 Uhr im „Grünen Adler“ eine öffentliche Volksversammlung einberufen hat, die sich mit demselben Thema beschäftigen wird. Genosse Robert Albert-Breslau soll dort referieren und zwar über das Thema: Die Lügen der Gegner und die Wahrheit über den Ruhrkrieg. Die Leiter der „Volkswacht“ werden ersucht, überall für guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Neustadt O.S., 29. März. Die Vorstände der drei christlichen Ortsgruppen haben, so schreibt man uns, gar keine Veranlassung, entsetzt zu sein, über den in Nr. 63 der „Volkswacht“ gebrachten Bericht, die christliche Textilarbeiter-Versammlung betreffend. Der Bericht ist nicht entsetzt, sondern nur der Wahrheit gemäß. Wahr ist es, daß bisher die Christlichen im katholischen Gesellenhaus tagten. Der Bericht belagert aber auch direkt nicht, daß diese in Zukunft nicht mehr geschehen soll. Nicht mehr zur Verfügung stehen soll, oder nicht mehr zur Verfügung steht, ist doch unerwünscht. Welcher Grund lag denn eigentlich vor, daß man die Versammlung nicht im katholischen Gesellenhause abhielt? Etwas der als erster Redner ein evangelischer Arbeiterreferent auftrat? Bei der Gewerbegerichtswahl stellte der Volksverein für das katholische Deutschland, Andersalunbige (Juden) als Kandidaten auf, bei katholischen Arbeitervereinsfesten ist man nicht wahlrechtlich mit christlichen Einladungen, die Hausarbeit ist dann nur die, daß die Christlichen mit klingender Münze auch tüchtig beizubringen. Steht die hiesige katholische Gesellschaft der Gewerkschaftsbewegung und deren Bestrebungen etwa wohlwollend gegenüber? Dies wissen doch die Herren Vorstände der christlichen Ortsgruppen am besten. Als zur Zeit der hiesigen Gewerbegerichtswahl im Ruhrgebiet die Herren Vorstände einen Besuch bei der hiesigen katholischen Gesellschaft machten, mit welchen Worten sprangen da die Herren ein? Der Vorrat, einer der bestsituierten Persönlichkeiten Neustadt, mit 1 Mark! die Kaplane mit 50 Pf. Also volle 2 Mark hatten diejenigen, welche sich hinstellen und lehren: „Was ihr einem der geringsten meiner Brüder getan, das habt ihr mir selbst getan“, übrig. Ihr tausende im Wohlstand stehender Gleichgültiger. Wenn die Herren Vorstände entsetzt sind über den „entsetzten“ Versammlungsbericht in der „Volkswacht“, was sagen sie denn zu dem Bericht der „wahrheitsliebenden“ Neustädter? Denn nach dieser war es nur eine Vereinsversammlung, man betrachtet es als ungebührlich, daß selbst ein Sozialdemokrat hier war, um schließlich unter Hohn zu berichten, daß dieser, nachdem er die Platte geholt, auf Nummerwiedersehen verschwand. Es war eine öffentliche Versammlung, zu welcher man durch Inserat, gedruckte Handzettel, Edenanschlag eingeladen, aber auch nicht einer, sondern mehrere Sozialdemokraten waren hier; dieser Eine aber war entsetzt darüber, über die von Jauer-Breslau den freien Gewerkschaften gegenüber gemachten Vorwürfe, nicht Gelegenheit zu haben, durch Nichtbistimmen dieselben zurückzuweisen zu können. Im übrigen scheint den Christlichen, von den in Kürze erfolgten Neuaufnahmen stolz gemacht, der Mann zu schwätzen, aber sie mögen bedenken: „Dochmut kommt vor dem Fall“.

Reuthen, 30. März. Immer gegen die Polen! Redakteur Nowakowski vom „Dziennik Gloski“ ist vom Schöffengericht in Reuthen zu 120 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er in Nr. 285 seines Blattes aufforderte, bei deutschen Kaufleuten nichts zu kaufen. Die Verurteilung wurde verworfen. Der Verurteilter, Rechtsanwält Gzabla, wies darauf hin, daß auch die „Kattowitzer Zeitung“ dasselbe Verbot vollführt habe. Die aber, die nicht polnisch ist, wird nicht bestraft. Auch die übrigen deutschen Blätter Obereschlesiens nicht, die täglich zum Vorteil der Polen aufordern und gegen Polen unerhöhten Terrorismus treiben.

Neueste Nachrichten.

Wieder ein Sieg.

In Kiel haben unsere Genossen bei einer Gesamtwahl einen dritten Sieg in der Stadtverordneten-Versammlung gewonnen. Die sozialdemokratischen Stimmen haben seit vorigem Herbst um 50 Prozent zugenommen, trotz aller Witlowreden.

Der Volksbetrug in Rußland.

Beim Minister des Innern fand die erste private Besprechung über die Frage der Einberufung von Volksvertretern statt. Der Minister sprach sich für eine von Zeit zu Zeit stattfindende Einberufung aus und drückte die Ueberzeugung aus, daß es notwendig sei, zu den Arbeiten der besonders einberufenen Konferenz die Vertreter der Semstwo und der Städte hinzuzuziehen. Er äußerte noch keine bestimmte Ansicht darüber, ob die Vertreter zu ernennen oder zu wählen seien. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, sie werden aber danach sein!

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

	29. u. 30. März	Nachm. 2 Uhr	Abends 9 Uhr	Morg. 7 Uhr
Luftwärme (C.)	+10,6	+7,9	+7,8	+7,3
Luftdruck bei 0° (mm)	752,8	752,4	750,3	750,3
Dunstdruck (mm)	5,0	5,7	5,4	5,4
Dunstfähigkeit (pCt.)	62	73	68	68
Wind (0-12)	SW 1	ED 3	ES 3	ES 3
Wetter	zieml. heit.	heit.	heiter.	begonnen.

Am 28. d. M. verschied nach langem, schwerem Leiden unser werter Vereinswirt und Mitglied, Herr
Karl Knorn.
 Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren
Lotterie-Verein „Vier Akazien“.
 Beerdigung findet Freitag nachmittags 2 Uhr von Posenerstrasse 33 nach Cosel statt. 673

Stadt-Theater.

Donnerstag:
 Das Glück des Eremiten.
 Freitag:
 zum 1. Male:
 „Hannet Menendez“
 hierauf zum 1. Male:
 „Die Steenbrunn“
 (La Cabreria)
 zum Schluss:
 „Cupelia.“

Lobe-Theater.

Donnerstag:
 „Der Hahnenhahn.“
 Freitag:
 „Der Kilometerfresser.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Donnerstag:
 Gruppe K. 5. Vorstellung:
 „Mina von Barnhelm.“

Gute Süsse-Kartoffeln

3 Liter 22 Pfg.
 Neumarkt 22, Hof rechts.

Sozialdemokratisches Liederbuch

von Max Kegel.
 Preis 40 Pfg.

Die Volksschule wie sie ist

von Otto Kühle.
 Preis 30 Pfg.
 Zu beziehen durch die Expedition und Kolportage.

Premier- u. Solid-Fahrräder
 Modell 1904
 elegant, leichtlaufend.

Nähmaschinen,
 System Singer.
 Stauend billige Preise, Teilzahlung gestattet.
 = Katalog gratis. = 379
RICHARD KÜHN,
 Breslau, Taubentzenstr. 53. Filiale: Rosenthalerstr. 1a.

Billige, gute Uhren

Lesen Sie unter Garantie auch Gold- u. Silberwaren in meinem überall als wohl überlieferten und bedeutend vertriebenen Geschäft.
 Bitte beachten Sie die Preise.
 Herren-Uhren v. 3,00 Mk. an. Silb.
 Herren- u. Damen-Uhren v. 8,00 Mk. an.
 Goldene Damen-Uhren v. 14,00 Mk. an.
 Regulator u. Wand- u. Wand- u. Wand-Uhren v. 2,00 Mk. an. Trauringe in verschied. Preisen v. 3,00 Mk. an.
 Ringe, Armbänder, Broschen, Ohrringe, Musikwerke, Ketten u. f. w. sehr billig.
R. Leitloff Uhrmacher,
 Nikolaistraße 11, am Königsplatz.

Wohnungen
 a 13, 14, 15 Mk.
 33 Posenerstrasse 33.

Für Heiratslindige!
 Aufbaum mit Beschmang, Tischstuhl u. auch einzelne Stücke.
 Bitte an verkaufen **St-itzke,**
 Rauchstraße 159 I. 671

Umzugshalber
 verkaufe ich 2 sehr h. Geschellen mit allem a 14 Mk. 3 sehr h. Geschellen a 3 Mk. 2 Geschellen a 3 Mk. Eisenstühle u. Stühle.
Söppert, Simestraße 17, 672
 Gumbinnstraße.

Zigarren eigenes Fabrikat
 Zigaretten in großer Auswahl
Rauch- und Kautabak
 bei **Hermann Berner,**
 Wehlgaße 30. 543

Neues erst Solidaria-Fahrräder
 a f Wunsch Teilzahlung.
 Anzahl 25, 30, 35 Mk.
 von 5-15 Mk. monatlich
 64 Mk. an Zahler.
 Katalog gratis und franco.
J. Jendrosch & Co.
 Charlottenburg 5. 51.

Telephon 2050.
Theodor Muszynski
 Tischlermeister **Beerdigungs-Anstalt**
Gräbsohnerstrasse 40
 empfiehlt neu eingeführte Beerdigungen für
 35 Mk. Gekohlter Sarg mit Beschlägen. Leichenkleidung. Katafalk mit Leuchter, Kerzen. 4 Wagen. 667
 65 Mk. Ganzgeklachter Sarg mit feinen Beschlägen. Kugelfranzen, Steppdecke, Jacke, Katafalk, Leuchter, Kerzen. 5 Equipagen.
 75 Mk. Imittierter Sarg, Steppdecke, Jacke, Katafalk mit Leuchter, Kerzen, Pflanzendekoration. 5 Equipagen.
 103 Mk. Feiner imittierter Metallsarg, Steppdecke, Jacke, Katafalk mit Leuchter, Kerzen, Pflanzendekoration. 8 Equipagen.
 165 Mk. Echt eichener Sarg, naturpeller, Steppdecke, Jacke, Katafalk mit Leuchter, Kerzen, Pflanzendek. 8 Equipagen. 1 Lohndiener.
 Leichentransporte erledige schnellstens u. billigst.
 Telephon 2050.

Bau-Kantine.
 Auf unseren Grundstücken Märkischestraße Nr. 90/98 errichten wir während der Erbauung von 10 Wohnhäusern eine **Restauration.** — Bewerber wollen schriftliche Anträge nebst Pachtgebot an die Geschäftsstelle **Hierstraße Nr. 59, I.** richten.
Der Vorstand
 647
 „Wratislavia“, Baugenossenschaft f. Arbeiter-Wohnungen (E. G. m. b. H.)

Kinderwagen, Sportwagen, Lieferwagen, Leiter- und Kastenwagen, Kinderklappstühle, Reisekörbe etc.
 in einfachster und elegantester Ausführung in größter Auswahl und billigsten Preisen empfiehlt
 672
F. Konetzny, Liegnitz.
 Größte Kinderwagenfabrik Ost-Deutschlands.
 Filiale: Breslau, Ring 56, I. Eig. Raschmarktseite.

Folgen Sie mir



und kaufen Sie nur in einem grossen reellen Kredithause, was selbst Sie alle erdenklichen Vorteile genossen.
Nachweislich nehme ich die geringste Anzahlung in Breslau und bin ich **billiger** wie überall. 699

Möbel einzelne Stücke
Anzüge ganze Einrichtungen
 Ueberzieher, Kinderwagen, Teppiche, Gardinen.
 Absolut grösstes Kredithaus
Max Biermann, Ring 51, I. Etage, neben der Stockgasse.
 Filiale Waldenburg i. Schles.
 Riesenlager. — Auswärts franko.

Schröter & Co. 8, I., Ohlauerstrasse 8, I. Schröter & Co.

Schröter & Co.
 schon längst bekannt als **grösstes und leistungsfähigstes Möbel- und Waren-Kredit-Haus**
 am Platze, haben ihre bisher innegehabten alten Geschäftsräume **Neue Schweidnitzerstr. 16, I.** verlassen und die eminent grossen Prachträume **8, I., Ohlauerstrasse 8, I. II. Viertel vom Ring** bezogen.
 Die **Neueröffnung** endet **Freitag, den 31. März, früh 8 Uhr,** statt. Alles bisher Dagewesene überbieten wir mit unseren konkurrenzlos billigen Preisen u. wirklich minimal kleinen An- u. Abzahlungen, trotzdem verabfolgen wir prachttvolle **Gratiszugaben** für Damen: 12 Stück hochfeine Taschentücher. für Herren: 1 elegante aparte Weste.
 Kredit nach auswärts. — Illustrierter Katalog, 60 Seiten stark, franko.

Möbel und Polsterwaren
 vom gewöhnlich guten bis zum allerfeinsten Stück
 Spezialität:
 Komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Stilart.
Luxus-Möbel.
 Enorme Auswahl in Kinderwagen.
 Lieferung diskret. Anzahlung nach Wunsch des Käufers.
 Kunden ohne Anzahlung. Kredit nach auswärts. Franko Lieferung.

Ohlauerstr. 8, I. 2. Viertel vom Ring.

Die Bergarbeiter

und das „Schuh“-Gesetz.

Berlin, 28. März 1905.

In der Nachmittags-Sitzung führte Effert den Vorsitz. Ein Begrüßungstelegramm des christlichen Bergarbeiterverbandes in Döhrte wird beifällig aufgenommen.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 2 der Tagesordnung:

„Die Gesetzesnovelle über die Bechensfüllung.“

Der Referent

Höfer-Essen (Christl.)

erinnert an die noch in frischem Gedächtnis haftenden Vorgänge der Stilllegung von Bechen im Ruhrrevier. Der Gesetzentwurf soll die Becher zu einem Betriebe von Bechen in stärkerem Maße zwingen, als es nach dem § 65 des Berggesetzes der Fall ist. Durch das Kohlenyndikat wurden kleinere Bechen angekauft, besonders kam dies im Herbstjahre 1904 in Schwung. Als die öffentliche Meinung über die Stilllegung sich erregte, waren 9 Bechen bereits stillgelegt. Der Bergarbeiter hält sich an seiner Scholle und ist schwer zu bewegen, von einer Grube zur andern zu laufen. Durch die Stilllegung wurde das Angebot von Arbeitern stark geschrumpft. Die in Betracht kommenden Bechen hatten eine Belegschaft von 9441 Mann, darunter 5036 verheiratete. Redner geht näher auf das in der Denkschrift zu der Gesetzesnovelle aufgestellte statistische Material ein. Weiter verweist er auf den Einfluß, welchen die Stilllegung auf den Ausbruch des Streiks hatte. Die Argumente für die Stilllegung, die größere Rentabilität der größeren Bechen, weist er als haltlos zurück, z. T. an der Hand von Gutachten von Sachverständigen. Was ist nun zu tun, um der Stilllegung der Ruhrbechen entgegenzutreten? Zunächst die Verbesserung der Vorgänge in breiterer Öffentlichkeit, die bereits einen gewissen Erfolg gezeigt hat. Den Syndikatsbestimmungen müßte zugesagt werden, daß eine Grube den ihr zugesprochenen Förderungsgrad selbst fördern muß. Das würde den Anläufen der Stilllegung noch rentabler Gruben einen Riegel vorschleiben. Wir hoffen, daß die Gesetzesnovelle im Landtag angenommen wird, die wenigstens die Stilllegung noch weiterer Gruben verhindern wird. Wir bitten daher um die Annahme folgender, von mir und Kamerad Hub ausgearbeiteten Resolution:

„Der Bergarbeiterlag erkennt in der auf Grund der bisherigen Statuten des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats angestrebten Stilllegung von teils noch rentablen Gruben eine **das Interesse der Gesamtheit sowohl wie der Arbeiter schädigende Maßnahme**. Er erwartet von der Staatsregierung, daß sie den Auswüchsen des Kartellwesens event. durch eine umfassende Kartellgesetzgebung begegne. Vor der Hand bekräftigt der Bergarbeiterlag das Bestreben durch Abänderung des § 65 des Berggesetzes, ungerechtfertigten weiteren Stilllegungen von Gruben entgegen zu wirken.“

Der Bergarbeiterlag ist der Ansicht, daß auch die gesetzliche Festlegung eines Vorbehaltsrechtes des Staates auf die noch nicht vertriebenen Mineralien bzw. Felder im allgemeinen Interesse liegt.“ (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Reimert's-Vorwurf (Verband) ersucht um einen Zusatz zu der Resolution, der sich grundsätzlich für die Verstaatlichung der Gruben ausspricht. Die Stilllegung würde dann nicht ohne weiteres eintreten, wie z. B. der statistische Bergbau im Freiburger Gebiet zeigt. Eine solche Forderung ist zwar sozialdemokratisch, aber nicht nur das, sie ist eine praktische Forderung, die von vernünftigen Männern aller Richtungen vertreten wird. Freilich Spinner die Bergarbeiter auf staatlichen Gruben auch keine Seide. Aber wir werden auch in Preußen zu einer Verfassung kommen, bei der die Arbeiter im Landtag mitzureden haben. In der Erhaltung des gegenwärtigen Privateigentums an den Bergwerken haben wir Arbeiter gar kein Interesse.

Reifen-Vorwurf (Christl.) bittet den Zusatz auf Verstaatlichung abzulehnen. Auch die staatlichen Gruben sind keine Musterbetriebe, sondern suchen aus der Stilllegung Vorteil zu ziehen durch Drückung der Löhne. So betrug auf den staatlichen Gruben im Vortrop der Tagelohn 2.30 Mark wie der ortsbliche (Hüt., Hüt.).

Bokorn-Vorwurf (Verband) (vertritt das Brandenburger Braunkohlengebiet): Vegetierung für staatliche Gruben haben wir gewiß nicht. Aber den Umständen auf staatlichen Gruben können wir entgegenzutreten. Viele Volkswirtschaftler streiten sich über die Wege zur und die Art der Verstaatlichung, aber der Privatbesitz wird von vielen als schädlich angesehen. Ein Bild der Verstaatlichung gab die der Freiburger Silbergruben in Sachsen, die

erst unternommen wurde, als die Gruben wenig rentabel wurden. Trotzdem ist die Verstaatlichung beachtlich, aber nicht für Preußen, sondern für das Reich, auf dessen Verwaltung die Arbeiter einen größeren Einfluß haben. Den Umständen auf staatlichen Gruben müssen wir durch die Organisation entgegenstreiten, denn die Bergarbeiter lassen sich nicht so behandeln wie die Eisenbahnarbeiter, ihre Organisation kann ihnen nicht einmal das Junkerparlament nehmen, geschweige der Reichstag. Deshalb müssen wir für die Verstaatlichung eintreten.

Zur Geschäftsordnung wird beschlossen, jetzt nicht die Frage der Verstaatlichung zu behandeln und Reimert's nicht seinen Zusatzantrag zurück.

Wähler-Bahlsauser (Verband): Ich gehöre selbst zu denen, die von unterm herrlichen Matthias Stinnes stillgelegt sind. Dabei ist die Rede, auf der ich arbeite, noch sehr rentabel gewesen, — sind doch Einrichtungen von über eine Million Mark kurz vorher noch geschaffen worden. Ganze Gemeinden sind durch die Stilllegungen dauernd geschädigt worden. Und mit diesen Stilllegungen und ihrer Schädigung der Allgemeinheit will man noch fortfahren.

Die Diskussion wird geschlossen, die Resolution einstimmig angenommen.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung:

Die Gesetzesnovelle über die Bergarbeiterverhältnisse.

a) Dauer der Schichtzeit und Ueberschichtwesen. Hierzu erhält das Wort der Referent

Husemann (Alter Verband):

Seit Jahrzehnten sind wir nicht gehört worden und auch in der vorliegenden Novelle sind unsere Wünsche nicht berücksichtigt worden. Besonders ist das bei dem Punkte Schichtwesen der Fall. Den sanitären Arbeitstag können wir auf keinen Fall gut heißen. Wenn § 93b und die folgenden Geley widerstehen, so würde das eine Waffe sein ohne Klinge und Hilt, die im Notfall nicht zu gebrauchen wäre. In früheren Jahrhunderten war die Arbeitszeit im Bergbau geringer. In anderen Berufen und auch für den Bergbau in anderen Ländern hat man die Arbeitszeit in den letzten Jahren verkürzt, aber bei uns ist sie in den letzten 15 Jahren verlängert worden. (Sehr richtig!) Im Ruhrgebiet haben wir 9 bis 10, ja bis 10 1/2 stündige Arbeitszeit, und in den anderen Bezirken ist es zum Teil noch schlimmer. Jetzt will man einen sanitären Arbeitstag schaffen, der die Arbeiter sogar zu Ueberstunden zwingen will. Im Ruhrgebiet besteht jetzt schon das Verbot, länger als 6 Stunden zu arbeiten, wenn die Temperatur über 29° ist. Das Oberbergamt sagt, im Jahre 1903 hat keine stündige Schicht im Ruhrgebiet existiert. Das soll heißen, die Temperatur war nirgends über 29°. Es ist aber nur ein Beweis für die Umgehung der Bestimmungen, wovon die Arbeiter ein Viechen zu Augen wissen. (Sehr wahr.) Der sanitäre Arbeitstag würde nur einen kleinen Teil der Steinkohlenarbeiter betreffen, den größeren nicht und gar nicht die Braunkohlen- und Kali-Bergarbeiter, und doch ist gerade im Braunkohlengebiet die Krankenziffer sehr hoch und die Verringerung der Arbeitszeit sehr notwendig. (Sehr richtig!) Die Arbeitszeit muß in einem ganzen Gebiet einheitlich sein, sonst kommen wir zu einem System der Lohnbriefferei, das wir verwerfen müssen. Wir müssen uns also durchaus gegen den sanitären Arbeitstag wenden.

Weiter ist ja die Temperatur nicht der einzige die Gesundheit der Arbeiter schädigende Faktor. Der Gesundheitszustand der Arbeiter ist zurückgegangen, wie die Statistik zeigt. Der Minister Widder sagt zwar, die Zahlen sehen gefährlicher aus, als sie in Wirklichkeit sind.

Aber Zahlen regieren die Welt oder beweisen wenigstens, wie sie regiert wird, und da reden die Krankenziffern eine deutliche Sprache. Sie beweisen, daß die Höhe der Temperatur nur ein Faktor ist, der die Arbeiter zwingt, Nerven und Muskeln aus äußerster Anspannung, die Feuchtigkeit der Gruben, das Einatmen des dicken Kohlenstaubes und vor allem die übermäßig lange Arbeitszeit haben einen viel größeren Anteil an der Zerrüttung der Gesundheit der Arbeiter. Wenn unter den heutigen Bedingungen der Arbeiter 7 Stunden stramm gearbeitet hat, so sind seine Kräfte vollkommen erschöpft. Und weiter beweisen diese Zahlen, wie ungeheuer rasch die Krankenziffern steigen sind, wie viel rascher jetzt die Invalidität eintritt. Wenn da die Gesetzesgebung nicht eingreift, wird das Gemeinwohl auf's schwerste geschädigt. Nun sagt freilich die Preussische Handelskammer, daß die Kohlenpreise in die Höhe gehen würden — schon, wenn dieses Monstrum von sanitärem Arbeitstag Gesetz wird — und die gesamte Industrie dadurch Schaden litte.

Aber die Grubenbesitzer werden ihr Syndikat zweifellos dazu benutzen, die Kohlenpreise wieder in die Höhe zu treiben, und zwar ohne Rücksicht auf die Industrie. Diese Rücksichten

lassen die Werksbesitzer jetzt bloß aufmarschieren, um die Forderungen der Arbeiter zu befämpfen. Zunächst mag die Verkürzung der Arbeitszeit ja eine kleine Verminderung der Leistung bewirken, aber nach wenigen Jahren gleicht sich das wieder aus. Für die Verkürzung der Arbeitszeit haben sich zahlreiche Kongresse und Versammlungen von Ärzten und Hygienikern ausgesprochen. Den dringenden Anspruch auf den Achtstundentag hat der Bergarbeiter. Die Sechsstundenfrist aber ist nicht nur für die heißen Punkte, sondern auch für die heißen, schlammigen Verten notwendig. Die Bestimmung der Novelle, daß die Arbeiter verpflichtet sein sollen, unter gewissen Bedingungen Ueber- und Ueberschichten zu verfahren, muß unbedingt aus der Vorlage heraus. Aus dem „verpflichtet“ würden die Bergwerksbesitzer sehr bald ein „nicht“ machen. (Lebhafte Zustimmung.) Durch die Ueberschichten wird schon jetzt Gesundheit und Leben der Bergarbeiter aufs äußerste gefährdet. Hinter die Behauptung, die Ueberschichten würden freiwillig verfahren, machen wir ein bißes Fragezeichen. (Lebhafte Zustimmung.) Diejenigen Kameraden, die sich freiwillig zu Ueberschichten meldeben, wurden lieb Kind bei den Steigern. So verführte man die Arbeiter zu Ueberschichten.

Die vielen Ueberschichten betreffen indirekt auch die Knappheitskassen. Das Verfahren von Ueberschichten beeinflußt auch die Statistik, die Festlegung der amtlichen Lohnklassen, die Berechnung des Durchschnittslohnes und gibt so der Deutlichkeit ein falsches Bild. (Sehr richtig!) Wenden müssen wir uns auch gegen die Bestimmung, daß für die Durchführung des sanitären Arbeitstages ein Aufschlag von 2 Jahren gewährt werden kann.

Die Bergarbeiter sind enttäuscht über die Bestimmungen der Novelle. Die Verantwortung für die kommenden Dinge, für die schweren Kämpfe, zu denen sich die Bergarbeiter rufen müssen, fällt auf die Regierung, wenn sie und das Parlament weiteren Nachdruck nicht hören. (Lebh. Beifall.) Wir wollen wirklichen Bergarbeitererschutz und für alle Bergarbeiter den Achtstundentag. (Bravo!)

Die Resolution, die der Referent vorschlägt, enthält folgende Forderungen für die Bergarbeiter-Novelle:

1. In allen Steinkohlen-, Erz- und Kalilagerwerken tritt sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes, spätestens aber vom 1. Oktober 1905 ab eine Höchstdauer der Schicht von 8 1/2 Stunden in Kraft, vom 1. Januar 1907 8 Stunden.
2. In allen Braunkohlenlagern tritt vom 1. Oktober 1905 ab eine Höchstdauer der Schicht von 10 Stunden in Kraft, vom 1. Januar 1907 von 9 Stunden und vom 1. Januar 1910 von 8 Stunden.
3. Vor zu heißen Arbeitsorten und solchen, die mehr als 28° Celsius Wärme aufweisen, ist die Arbeitszeit auf höchstens 6 Stunden zu beschränken.
4. Die Schichtzeiten verstehen sich für alle Grubenarbeiter vom Beginn der Einfahrt des einzelnen Mannes bis zu Beginn seiner Ausfahrt (Seilfahrt). Diejenigen Tagearbeiter, welche an der Förderung beteiligt sind, sind in obige Schichtzeit mit einzuschließen.

Für die anderen Tagearbeiter sowie alle in Nebenbetrieben Beschäftigten 10 stündige Arbeitszeit einschließlich einer zweistündigen Ruhepause.

5. Wo bereits eine kürzere Arbeitszeit besteht, darf dieselbe unter keinen Umständen verlängert werden.

6. Verbot aller Ueberschichten und Sonntagarbeiten. Es sind solche nur zur Rettung von Menschenleben, bei außerordentlichen Betriebsstörungen oder Schachtreparaturen zulässig.

Haben im Sommer wegen Hitze an Abtag Ueberschichten eingelegt werden müssen, so kann die betreffende Schicht dieselben im Winter wieder nachholen lassen. Mehr als zwei Schichten dürfen im Monat jedoch nicht nachgeholt und auch Doppelschichten dürfen dabei nicht gemacht werden.

Auch darf auf diejenigen Arbeiter, welche die durch Ueberschichten ausgefallenen Schichten nicht nachholen wollen, keinerlei Zwang ausgeübt werden.

Berlin, 29. März 1905.

Zweiter Verhandlungstag, Vormittags-Sitzung.

Als Gäste nahmen an den Verhandlungen Reichstagsabgeordneter Bömelburg (Soz.) und die Landtagsabgeordnete Max Dietz (freis. Vag.) und Brust (Ztr.) teil.

Die Diskussion über die Frage der Schichtdauer und das Ueberschichtwesen, wozu die eben mitgeteilte Resolution Husemann vorliegt, wird von Boginski-Oberlesien (Verband) eröffnet. Redner, der seit 26 Jahren Bergarbeiter ist, teilt seine Erfahrungen in den

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein neues Eisenbahnsystem, bei dem die Anziehung der Erde als treibende Kraft benutzt wird, ist von dem Ingenieur Abelson in New-York erdacht worden. Es ist besonders geeignet zur Ueberschreitung von Flüssen, Schluchten und Gerästen, wobei es eine große Ersparnis im Vergleich zu den bisherigen Transportmitteln gewährt. Angenommen, daß ein breiter Fluß durch eine solche Bahn zu überbrücken wäre, so wird auf jeder Seite ein Turm aus Eisenabwärt gebaut, in dessen Innern sich ein Aufzug befindet. Von der Spitze jedes Turmes aus verlaufen starke Kabel nach dem Fuß des gegenüberliegenden Turmes, die durch genau ausprobierte Gegengewichte straff gezogen werden und auch verhindern, daß die Festigkeit des Turmes durch den Zug der Kabel bedroht werden könnte. Ein Zugwagen mit dem Turm ist nicht erforderlich, weil die Personen oder Waren mit dem Aufzug auf- und abwärts befördert werden. Die Wagen hängen nach Art der Seilbahn an Rollen, die auf den Kabeln entlang gleiten. Ist der Wagen am Fuße des Turmes angekommen, so wird er selbst durch den Aufzug bis nach der Spitze des Turmes geschafft, worauf er auf dem anderen Kabelpaar die Rückreise antreten kann. Die Bewegung des Wagens geschieht allein durch die Schwerkraft. Die Geschwindigkeit kann dabei selbstverständlich durch Bremsvorrichtungen beliebig geregelt werden. Im Vergleich zu anderen Seilbahnen, bei denen sich ein hin- und ein abwärtsgehender Wagen immer die Wage halten, ist bei der neuen Erfindung namentlich eine Seilbahn gewonnen.

Aus aller Welt.

Eine neue Enttäuschung für den Kriegsminister. Aus Schwaben wird berichtet: Nunmehr gelangt auch das 10. Infanterie-Regiment in die von Herrn v. Einem so gehasste Anstalt „Unserem herrlichen Kriegsheer“. Nach Verichten eines Straßburger Blattes wird sich der Unteroffizier Elsner in kurzem wegen fortgesetzter Soldatenmißhandlungen zu verantworten haben. Es sind bereits jetzt einige der Verurteilungsmittel des Unteroffiziers bekannt geworden. Er ließ die Reuten in einer Reihe antreten, und zwar in gerader Reihenfolge von einander, und befahl ihnen sodann, mit den Händen um sich zu schlagen, so daß sie sich gegenseitig ins Gesicht trafen mußten. Das Schlagen mit dem Luerbaum oder dem Seitengewehr auf den Kopf der Leute, so daß Wunden in der Mundhöhle, an den Ohren, dem Schädel entstanden, betrachtete er als eine zünftige Abhängungsmethode. Sodann entzog er den Reuten das Essen, indem er die Köpfe auf die Zwinde stellen ließ und befahl, an den Spindeln hinaufzuziehen; und die Soldaten mußten sich mit dem Dampf der Schmelze begnügen lassen. Weiter, indem er die Köpfe auf die Zwinde stellen ließ, wie die Zwinde überhand, so daß es schicklich gekommen sind.

Ein Gefreiter, der von Elmer wegen einer angeblichen Nichtbefolgung eines Befehls gemeldet wurde, meldete nun seinerseits aus Born die Mißhandlungen, die in seiner Refugenzzeit vorgekommen waren. Auch hier ist die Aufdeckung der Abscheulichkeiten nur einem Zufall zu verdanken.

Unter der Eisenbahnbrücke zerfällt. Unter der Eisenbahnbrücke am Bahnhof Jungfernheide bei Berlin befindet sich ein Wasser ein Weiler, der bereits bis auf 25 Zentimeter über dem Wasser abgetragen wurde. Dieser Stampf verschubete jetzt im Verlauf von 14 Tagen schon den Untergrund des zweiten Fahnes. Dieser Tage zerfiel an ihm ein aus Reichenberg in Böhmen kommender Kahn, der mit seiner Ladung — 10,000 Zentnern Gerste — verankert. Der Schiffer Mayke und seine Angehörigen konnten sich retten. Die Gerste war für die Schuttschiff-Reparatur bestimmt. Der verhängnisvolle Weiler ist bisher, wie weiter mitgeteilt wird, von den Pionieren nicht gesperrt worden, weil sie eine Gefährdung der Eisenbahnbrücke befürchteten. Jedenfalls wäre es an der Zeit, daß endlich dieses Schiffschiffhindernis sobald als möglich beseitigt wird, ehe es noch mehr Unheil anrichtet.

300,000 Fahrkarten polizeilich beschlagnahmt. Das Fabrikanten und Fahrtscheine eines Verkehrsministeriums ebenso wie Schriften, Bücher und Zeitungen auf ihren Inhalt hin polizeilich geprüft werden, damit sie beim Publikum keinen Anstoß erregen, dürfte wohl den wenigsten bekannt sein. Daß aber in der Tat dann solche Karten und Scheine polizeilich beschlagnahmt werden, weil sie nach der Ansicht der Polizei irgend eine nicht ganz „einwandfreie Aufschrift“ oder einen anderen Vermerk tragen, dürfte wohl noch nicht dagewesen sein. Also ist es der Dresdener Straßenbahn-Gesellschaft jetzt ergangen. Dieselbe gab für den Monat März unter anderen Fahrtscheine aus, die auf der Rückseite eine Anpreisung hygienischer Bedarfsartikel eines bekannten Dresdener Versandhauses enthielten. Bis zur Mitte dieses Monats wurden diese Fahrtscheine an die Fahrgäste abgegeben, dann aber trat plötzlich die Polizei dazwischen, verbot die weitere Ausgabe und konfiszierte auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft nicht weniger als — 500,000 Stk. Ob diese Beschlagnahme gegen den „Verfasser“ noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird, entzieht sich zunächst noch unserer Kenntnis. Sollte das aber der Fall sein, dann müßte die „Verbreiter“, also die Straßenbahn-Gesellschaft, ebenfalls herangezogen werden. Es läßt sich aber jedenfalls darüber streiten, ob jene Fahrtscheine mit der angezogenen Reklamatorisch Anstoß beim Publikum erregen oder nicht.

Von einem eigenartigen Mißgeschick ist am Mittwoch Abend der fähiglich von Wartenburg nach Altdorf verlegte Lokomotivführer Strobelich in Russland betroffen worden. Max hatte ihn bei der russischen Grenzbehörde wegen Schmutzans von Goldblachen angezeigt. Als am Mittwoch der Zug hielt, sprangen die russischen Beamten sofort auf die Lokomotive, um sie zu untersuchen. In demselben Augenblick platze das Wasserhandglas auf

der Maschine, so daß die Beamten vor dem ausströmenden Dampf flüchten mußten. Da sie später zerschmolzenes Gold in der Feuerung der Lokomotive gefunden zu haben glaubten, wurde der Lokomotivführer verhaftet. Nach der „Elb. Bl.“ ist Strobelich aus der Haft entlassen und der preussischen Behörde übergeben worden.

Wannnfälle und kein Ende. In Schöneberg bei Berlin läßt die Firma C. Wunderlich zur Zeit einen Neubau errichten, dessen Fassade bereits verputzt ist. Vor dem Gebäude befindet sich ein Gerüst, auf dem die zur Arbeit benutzten Wörtelkästen hingestellt werden. Dieser Tage stürzte einer der gestülpten Kästen durch ein Versehen von der vierten Etage herab. In diesem Augenblick gingen vor dem Neubau die 43jährige Frau Schenk sowie der Fahrer des Baugehäfts C. Wunderlich vorüber. Der Wörtelkasten stürzte auf beide herab, so daß sie schwer verletzt zusammenbrachen. Herr W. hat mehrere Rippenbrüche davongetragen und mußte nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden. Wenige Stunden später starb er dort an den Folgen der Verletzungen. Auch der Zustand der verunglückten Frau ist hoffnungslos.

Dampferunglück. Der englische Dampfer „Blomfield“, von Philadelphia nach Hamburg bestimmt, ist auf der Unterelbe manövriert-unfähig geworden und mußte sofort nach Norderbahren geschleppt werden. Als der Obermaschinenmeister den Maschinenraum betrat, um den Schaden zu beseitigen, wurde er durch ausströmende Gase betäubt und sofort getötet. Der zweite Maschinenist, der ebenfalls hinabgegangen war, wurde betäubt, konnte aber noch rechtzeitig auf das Deck gezogen werden. Er hat das Bewußtsein bis jetzt nicht wiedererlangt und man zweifelt an seiner Rettung. Das Schiff ist durch Schleppe-dampfer in Hamburg angekommen.

Unschuldige im Justizhaus? In dem bekannten Fall Gieseler wird, wie jetzt mitgeteilt wird, die Entscheidung über das Wiederannahmeverfahren demnähe erfolgen. Es handelt sich, wie wohl noch erinnerlich, um die ehemalige Stillschreiberin Elise von Gieseler, die vor 2 Jahren wegen eines Wittwenerbesches, bezugnehmend an dem Dienstmädchen Minna Wagner, vom oberbayerischen Schwurgerichte zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Die Wagner ist nun vor einigen Wochen im Münchener Krankenhaus gestorben und bei der Sektion haben sich Umstände herausgestellt, die starke Zweifel an der als „Wissen angenommenen Vergiftung durch die Gieseler nachdrücken. Vor allen Dingen wurde die Glaubwürdigkeit der im Gieselerprozeß als Hauptbelastungszeugin angeführten Wagner durch die Tatsache stark erschüttert, daß sie sich eine zweite Vergiftung, an der sie gestorben ist, selbst beigebracht hat. Der Verteidiger der Gieseler, Rechtsanwalt v. Panandig, hat jetzt eine Reihe von Gutachten über den Gesundheitszustand der Minna Wagner bei-

Streik rechtzeitig zu Ende zu bringen. Und drei Tage nachdem die Beschlüsse der Arbeiter gefasst waren, war der ganze Streik zu Ende. Auch nach dieser Richtung hätten die Bergarbeiter die höchste Anerkennung seitens des Reichstages verdient. (Sehr richtig! links und im Saal.) Von einer Niederlage der Bergarbeiter kann keine Rede sein, denn es ist kein Zweifel, daß ohne den Streik die Beweise zum preussischen Berggesetz nicht gekommen wären. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Ferner sind 100,000 Bergarbeiter nun für die Organisationen gewonnen, darunter 60,000 für den sog. alten Verband. (Hört, hört! im Str. u. links.) Wenn der Reichstagsrat durch seine Rede etwa versucht hat, die Herzen des Dreiklassenparlamentes zu gewinnen, so hat er sich getäuscht. Die Sozialdemokratie hat alles getan, um die Sieben-Klassenkommission bei der Verhandlung des Streiks zu unterstützen. Der Parteivorstand, der Abg. Wollschlaeger, die Generalkommission der Gewerkschaften, sie alle sind in diesem Sinne tätig gewesen. Der Reichstagsrat hat weiter behauptet, die Sozialdemokratie wünsche die möglichste Verelendung der Masse. Ganz im Gegenteil! Nicht aus den Verelendeten, sondern aus den besten und tüchtigsten Arbeitern rekrutieren sich die Kräfte der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstagsrat sprach wieder einmal von den „Freiheits- und Kulturwidrigen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. In Wirklichkeit ist die Sozialdemokratie die einzige zünftige Kultur- und Freiheitspartei. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die multiklassige Haltung der Bergleute hat sogar auf den verächtlichsten Herrn Müller Eindruck gemacht.

Präsident Graf Wolff: Sie geben zu Recht, wenn Sie einen preussischen Minister verhöhnen. (Lebhafte Heiterkeit im ganzen Saal.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Auch vom „sozialen Königtum“ war wieder einmal die Rede. Wenn das angebliche soziale Königtum zu einem wirklich sozialen Königtum werden sollte, dann würden wir es gewiß nach Kräften unterstützen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber die reaktionäre Entwicklung des Reichstages macht heute eine Verwirklichung schwieriger denn je. Noch ein Wort über Marokko. Wir bedauern sehr die Regierung, die berechtigten Interessen Deutschlands in Marokko nicht gewahrt hat, aber wir sind entschieden gegen die Bestrebungen des deutschen Verbands, zu intervenieren, die Deutschland in einen Krieg mit Frankreich und England verwickeln müßten. Eine Politik dagegen, wie sie der Kaiser in Bremen verkündete, und die in ihrer Konsequenz zu Einschränkung der Armees- und Marineausgaben führen muß, werden wir gern unterstützen. (Große Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Stöcker (Pol.): greift die Sozialisten an.

Abg. v. Gersdorff (Kpt.): greift die großpolnische Agitation an.

Abg. v. Garsinski (Pol.): polemisiert gegen den Vordredner.

Abg. v. Tiedemann (Kpt.): wendet sich gegen den Abgeordneten v. Garsinski.

Abg. v. Schlabowski (Pol.): polemisiert gegen den Vordredner.

Abg. Göttsche (Freis. Bsp.): polemisiert nicht die polnische Gefahr, wendet sich aber gegen die Politik der Nationalen. Im Einklang mit der unglückseligen Zusammenfassung des preussischen Landtags hat der Reichstagsrat seiner Rede vom Montag einen scharf markierten Charakter gegeben. Wollte man eine wirkliche Reform des Berggesetzes, so müßte man die Novelle im Reichstagsrat einbringen. (Sehr richtig! links.) Der Ausfall der ungarischen Wahlen macht es zweifelhaft, ob der Handelsvertrag von Ungarn ratifiziert werden wird.

Abg. v. Kardorff (Kpt.): hofft, daß das deutsche Volk stark genug sein werde, um im gegebenen Falle das Wahlgesetz zu beschließen, das gewisse Kolonialbesitzer und Kapitalisten zu befreien, das gewisse Kolonialbesitzer und Kapitalisten zu befreien, das gewisse Kolonialbesitzer und Kapitalisten zu befreien.

Reichstagsrat Graf Bülow: Die preussische Regierung wird die letzte parlamentarische Sitzung fortsetzen. (Zuruf bei den Polen: Nur immer zu!) Der Kaiserbesuch in Langer gibt niemanden die Berechtigung, uns selbstherrliche Bestrebungen gegen die Integrität von Marokko unterzuschleichen. Sprache und Haltung des Diplomaten richten sich nach den Umständen; den Zeitpunkt für die Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen in Marokko muß ich mir vorbehalten; doch kann ich erklären, daß unsere Politik in der Marokkofrage sich nicht geändert hat. Sofern aber verhandelt wird, die völkerrechtliche Stellung von Marokko zu ändern, müssen auch wir im höheren Grade, als früher, auf unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko Bedacht nehmen. Wie werden uns deswegen zunächst mit dem Sultan von Marokko in Verbindung setzen. — Meine Erklärung, daß die öffentliche Ordnung im Ruhrrevier unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse, war keine Provokation, sondern nur eine Betonung der ersten und nächsten Pflicht des Staates. Sozialdemokratische Minister und Regierungsmitglieder in Frankreich und in der Schweiz sind in ganz anderer Weise und mit bewußter Hand gegen Streiks vorgegangen. Ich erinnere den Abgeordneten Bebel an das, was er selbst darüber auf dem Sozialistenkongress in Amsterdam gesagt hat. In Belgien haben die sozialistischen Abgeordneten von Lüttich ihre heimische Regierung aufgefordert, in dem dortigen Bergarbeiterstreik eine ebenso gerechte und sachliche Haltung einzunehmen, wie die deutsche Regierung während des Streiks im Ruhrrevier. Die deutsche sozialdemokratische Presse aber hat alles getan, um Ost und Feuer zu gießen und das Misstrauen gegen die Regierung bei den Bergarbeitern zu schüren. Selbst die „Frankfurter Ztg.“ hat der Sozialdemokratie täuschliches Benehmen, Dummheit und abgegrachtete Wortschmelz-Phrasologie vorgeworfen. Nicht ich habe schamlos gemäkelt, sondern der Abg. Bebel hat sich als einer der wirksamsten Helfer des sog. Scharfmachertums erwiesen. Ich bin der festen Überzeugung, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes sich für die bürgerliche Gleichmächerei, die Justizhausordnung, die proletarische Diktatur, die Anarchie und den ganzen Wirrwarr des Zukunftsstaates bekümmert bedanken. (Lauter Gelächter bei den Sozialdemokraten, bei den Polen und im Saal.)

Abg. Sieg (natl.) polemisiert gegen die Polen.

Abg. Blumenthal (libd. Bsp.) hält die Einführung allgemeiner, direkter und geheimer Wahlen zur Reichstagswahl Landesvertretung für wichtiger als die Vertretung des Reichstages im Bundesrat, und begründet es, daß die marokkanische Frage keine Tribuna der deutsch-französischen Beziehungen bedente.

Abg. Bebel (Soz.): Ich betone nochmals, daß zu der Trostung des Herrn Reichstagsrats im Januar gegenüber den Bergarbeitern nicht der geringste Anlaß vorlag. Daß ich sonst die preussische Regierung in diesem Falle ausnahmsweise korrekt verhalten hat, erkenne ich an und habe ich anerkannt. Wie können die Arbeiterfreundlichkeit der preussischen Regierung um so weniger glauben, als die Arbeiter von jeder Vertretung im preussischen Landtage durch das infame Dreiklassenwahlrecht ausgeschlossen sind.

Präsident Graf Wolff: Sie rüfen den Ausdruck infam.

Abg. Bebel (Soz.) (fortfahrend): Dann will ich dies Wahlrecht mit Bismarck das elendeste nennen. Wie haben die Bergarbeiter nicht in den Streik getrieben, daß wir sie, als der Streik ausbrach, nicht nach Kräften unterstützt haben, was um so selbstverständlicher, als wohl noch niemals ein Streik berechtigter war als dieser. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sollen den Arbeitern die Vergewaltigung verzeihen. Nun diese geht nicht einmal so weit, wie die Konzeptionen, die 1889 Herr Hammacher namens des bergbaulichen Vereins machte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Rechtlicher von Vertretern des Reichstages des Innern und des preussischen Handelsministeriums vom Bergarbeiterkongress hat auf die Arbeiter erbitternder gewirkt, als alle Mängel der Berggesetze. Der Reichstagsrat sprach wieder einmal vom Zukunftsstaat. Wenn der Zukunftsstaat so töricht wäre, wie der Reichstagsrat meint, dann würde er freilich nicht drei Tage dauern. (Lauter Heiterkeit rechts.) Wie aber werden nicht die Dummheiten machen, zu denen unsere Gegner uns veranlassen möchten, wir werden den Weg verfolgen, der uns sicher zum Siege führen wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichstagsrat Graf Bülow: Die Regierung des Herrn Vordredners war ein Wahngesicht. (Lauter Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich in dem Streik durchaus selbstverständlich verhalten. Ich habe den zähesten Fleiß der Unternehmer im Ruhrrevier (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Den Fleiß ihrer Arbeiter!) ihre Intelligenz und ihren Geschäftssinn voll und ganz anerkannt, aber ihre Haltung beim Streik beklagt, wie ich jetzt ihre lebensschaffliche Opposition gegen das Berggesetz beklage. Wenn die Regierung sich je auf die Sozialdemokratie stützen wollte, so müßte sie diese nicht nur manieren, sondern eine ganz neue Haut anziehen. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Heiterkeit (Pol.) greift den Reichstagsrat wegen dessen Kriegserklärung gegen die Polen heftig an.

Abg. Ratzmann (Ant.) spricht Bebel das Recht ab, als Vertreter der gesamten Arbeiterklasse zu sprechen.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdebatte werden die Etats des Reichstages, des Reichstagsrats und des Auswärtigen Amtes debattiert. Dem Kolonialetat erteilt die Regierung die Zustimmung.

Abg. Gersdorff (Kpt.) nach der Rede in Kamerun. Ferner beschwört er eine Resolution der Kommission zu Gunsten der nichtamtlichen Postbeamten in den Schutzgebieten.

Kolonialdirektor Stöcker erklärt, daß die Schutztruppe in Kamerun nur verlegt werden müsse, um etwaigen Unruhen vorzubeugen, daß aber von einer bereits geführten Expedition abgesehen, Unruhen dort nicht zu erwarten wären. Landkonzeptionen werden in Zukunft nicht mehr im bisherigen Umfang erteilt werden.

Der Etat für Kamerun und Logo wird bewilligt, ebenso noch ungewisser Debatte der Etat für Südwestafrika. Die erwählte Resolution der Kommission wird angenommen.

Zum Etat für das Reichsamt des Innern wendet sich Abg. Dr. Becker-Seyden (natl.) gegen den Abg. Scheidemann. Die Sozialdemokratie verfolgt mich mit wildem Hader. Wenn es auf die Klassenverhältnisse in Sprenglingen ein und wirkt dem Abg. Scheidemann vor, an dem Stenogramm der Rede, die dieser bei der zweiten Lesung gehalten hat, eine Reihe sachlicher Änderungen vorgenommen zu haben. Es ist nicht wahr, daß ich die Anstellung eines zweiten Arztes für ein Interzessions habe; ich bin es vielmehr gewesen, der auf die Anstellung eines zweiten Arztes gedrungen hat. Ich soll absichtlich teure Medizin verordnen haben; es ist vielmehr umgekehrt gewesen, nach der Anstellung des zweiten Arztes sind die Arzneikosten und zwar schließlich bis auf das Doppelte gestiegen. Nicht ich habe eine neue Klasse in Sprenglingen gegründet, sondern diese neue Klasse ist vom Bürgerverein gegründet worden. Herr Scheidemann hat gesagt, daß der Vorstand dieser Klasse auf 9 Jahre gewählt worden ist, aber auch der Vorstand der sozialdemokratischen Krankenkasse ist auf 9 Jahre gewählt (Große Heiterkeit rechts) und die Bestimmung, daß in jedem dritten Jahre ein Mitglied des Vorstandes ausscheidet, findet sich im Statut beider Klassen. Der Bürgerverein nimmt nicht, wie Herr Scheidemann behauptet, schon 14-jährige Leute als Mitglieder auf, sondern diese Bestimmung bezieht sich allein auf die Krankenkasse des Bürgervereins. Mit der Gründung dieses Bürgervereins habe ich nichts zu tun gehabt. Ich fordere Herrn Scheidemann auf, alle die Angriffe, die er gegen mich vorgebracht hat, unterhalb des Tisches zu verbergen, damit ich ihn gerechtfertigt belangen kann. Zum großen Segen der dortigen Organe verläßt Herr Scheidemann am 1. April Offenbach (Heiterkeit) und geht nach Kassel, wozu ich Herrn Ratzmann schon gratuliere. (Große Heiterkeit.) Mindestens hätte Herr Scheidemann für seine Angriffe meine Gegenwart abwarten müssen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Herr Dr. Becker hat mich hier als politisches Raubbein hingestellt. (Heiterkeit b. d. Natl.) Ich muß und kann alle meine Ausführungen aufrechterhalten. Ich habe durch einen Rechtsanwalt ein Protokoll über alle Einzelheiten anfertigen lassen, dessen Angaben die Unterzeichner, worunter einige Gemeinderäte, zu beschwören sich bereit erklärt haben. Redner verliest eine Reihe Erklärungen, darunter die eines Hektor Emmerling, welcher Drohungen des Dr. Becker gegen Arbeiter bekräftigt. Während der Zeit seines Konflikt mit der Klasse verließ Dr. Becker für über 200 Mark Rezepten im Monat, während die Rezepte in früheren Monaten sich zwischen 39 und 90 Mark bewegten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mehrere Ärzte haben die Preise der Rezepte des Dr. Becker geraden als unerschöpflich bezeichnet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Als ein Zeugniss verleihe in seiner Zeitung einen gegen Dr. Becker gerichteten Artikel veröffentlicht, kündigte ihm dieser das geliebte Kapital. Herr Dr. Becker ist für freie Arztwahl; es sind aber außer ihm keine Ärzte da, die gewählt werden können. (Heiterkeit.) Herr Becker stellt sich gern als das Opfer von Verfolgungen dar; einmal wurde ein Flugblatt verbreitet, daß Dr. Becker erdolcht sei. Entweder ist es nicht der richtige Dr. Becker gewesen — denn dieser lebt ja noch (Große Heiterkeit) — oder es war ein ganz gewöhnlicher Wahlwindel. Wenn ich in meinem Stenogramm eine Stelle geändert habe, so handelte es sich um ein Versehen, daß doch einem sozialdemokratischen Abgeordneten so gut wie einem Minister passieren kann. Ich überlasse der Öffentlichkeit das Urteil über Herrn Dr. Becker. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Verlagsantrag wird abgelehnt, aber nach einer unverständlichen Rede des Abg. Bruhn (Ant.) vom Abg. Singer wiederholt, worauf ihn Vizepräsident Dr. Bassche für angenommen erklärt.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung).
Schluß 7 1/2 Uhr.

Im Abgeordnetenhaus

wurde am Mittwoch die Berggesetznovelle, betreffend die Stilllegung der Zechen, an dieselbe Kommission überwiesen, die auch die erste Berggesetznovelle über die Arbeiterverhältnisse zu beraten hat. Die Debatte hielt sich in verhältnismäßig engen Grenzen, da die Redner der konservativen und freikonservativen Partei schon am Mittwoch bei der ersten Novelle ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem heute erörterten Gesetzentwurf ausgedrückt haben. Im Mittelpunkt der Diskussion stand eine Rede des Abg. Tücher, deren Bedeutsamkeit man sich auf keiner Seite, selbst in dem Dreiklassenlager nicht entziehen konnte. Der freikonservative Redner bezweifelte, ob die einzelnen Bestimmungen der Vorlage geeignet seien, wirklich die Stilllegung noch rentabler Zechen zu verhindern. Noch mehr Gewicht legte er aber darauf, daß Maßregeln ergriffen werden müßten, die es verhindern, daß die Eröffnung von neuen Bergwerken zum Schaden der Allgemeinheit vergrößert wird, wenn das im Interesse gewisser Zechenparteien liegt. Ausführlich ging er auf das mit der Stilllegung der Zechen eng verknüpfte Treiben des Kohlenhandels ein. Er hielt es für unbedingt erforderlich, daß sich die Gesetzgebung sobald als möglich mit den Kartellen und Syndikaten beschäftigen müsse. Da die Entwicklung der Syndikate zu einem wahren Privatmonopol führe, so sei doch noch ein Staatsmonopol mit dem Kontrollapparat der Parlamente vorzuziehen. Große Heiterkeit fanden seine ebenso treffenden wie sarkastischen Bemerkungen über das Verhältnis, das sich in neuester Zeit zwischen den deutschen Machthabern und Amerika angebahnt hätte. Mit Recht meinte der freikonservative Redner, daß gegenwärtig eine viel zu viel Benützung in Deutschland vor Amerika sich entwickelt habe. Seine Bemerkung, daß man von Amerika viel in praktischen und realen Fragen, aber nicht in Dokortragen lernen könne und seine Bezeichnung des Präsidenten der Vereinigten Staaten als Dr. Philadelphio Roosevelt weckten ein verständnisvolles Echo. Von den Nationalliberalen sprachen die Abg. Schild und Schmieding, da beide Vertreter des Inneren und der Partei der Zechenbesitzer sind, fanden sie an der Vorlage natürlich nicht viel Gutes. Zustimmung äußerten sich dagegen der freikonservative Abg. Wolff und der Zentrumsgesandte Dinslage.

Nachdem der Gesetzentwurf betreffend die Schadloshaltung der Schleswig-Holsteinischen Sonderbezirk Glücksburgischen Nebenlinie debattiert in zweiter Lesung angenommen war, begann das Haus noch mit der Beratung der Sekundärbahn-Vorlage. Der Minister suchte in ein-

ständer Rede den Nachweis zu erbringen, daß die Regierung sich die Ausdehnung des Bahnnetzes fortgesetzt angelegen sein lasse. Der nationalliberale Abgeordnete Macco machte aber darauf aufmerksam, daß es mit der Bewilligung neuer Bahnlücken allein nicht getan sei, sondern die Bahnabfuhr vielmehr beschleunigt werden müsse. Er teilte mit, daß Bahnlücken schon vor sechs Jahren bewilligt seien, man aber heute noch nicht mit den Vorarbeiten fertig geworden sei, geschweige denn daß der erste Spatenstich zum Bahnbau getan worden sei.

lokales und Provinzielles.

Breslau, den 30. März.

* Paragraph 11 in der Malzfabrik. Ueber die Lohnforderungen der organisierten Arbeiter in der Breslauer Aktien-Malzfabrik haben wir mehrfach berichtet, u. a. auch über die Maßregelungen, die dort vorgekommen sind. Hierbei haben wir der nicht ganz ungerechtfertigten Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiter die enormen Dividenden den Aktionären erarbeiten müßten. Darob sind die Herren nun böse ergrimmt und senden uns „auf Grund des Preßgesetzes“ folgende ußlige „Berichtigung“:

Da Sie in dem Artikel „Die Dividendenbeschränkungsmaßregel“ in Nr. 64 Ihrer Zeitung vom 17. März 1905 die Behauptung aufstellen, daß unsere Arbeiter unsere Reingewinne durch ihre Arbeit aufbräuen, so erlauben wir Sie unter Verweisung auf das Preßgesetz um Aufnahme der nachfolgenden Richtigstellung:

Kann ein Arbeiter dadurch, daß er seine Arbeit ordnungsmäßig leistet, einen Einfluß auf den Gewinn eines gewerblichen Unternehmens ausüben?

Um diese Frage beantworten zu können, muß man zunächst den Begriff Gewinn feststellen. Gewinn ist der beim Verkauf des Produktes und der Selbstkosten erzielte Ueberschuß. Die Selbstkosten setzen sich zusammen aus den Kosten des Rohproduktes, den Kosten der Verarbeitung, den Verwaltungskosten, der Verzinsung der geliehenen Kapitalien, den Kosten für Abnutzung der Anlagen, den Steuern, Abgaben und den Verrechnungsprämien. Verkaufspreis und Selbstkosten sind also die für den Gewinn in Frage kommenden Faktoren. Auf den Verkaufspreis kann ein Fabrikarbeiter zunächst keinen Einfluß ausüben, da der Verkauf eine rein kaufmännische Arbeit ist.

Hat der Arbeiter nun irgend einen Einfluß auf die Höhe der Selbstkosten?

1. auf die Kosten des Rohproduktes?
Nein, denn der Einkauf ist eine rein kaufmännische Tätigkeit.
2. auf die Kosten der Verarbeitung?
Nur dann, wenn es bei der Verarbeitung auf eine besondere Kunstfertigkeit ankommt, der Arbeiter alle eine Spezialarbeit zu versehen hat, die nicht ohne weiteres durch einen beliebigen anderen Arbeiter auszuführen werden kann.
3. auf die Kosten der Verwaltung, Verzinsung der geliehenen Kapitalien, Abnutzung der Anlagen, Steuern, Abgaben, Verrechnungsprämien?

Nein, denn das sind wieder Angelegenheiten rein kaufmännischer Natur.

Im Malzereigerwerb, namentlich in unserem Betriebe ist nur für die Hausarbeit auf den Tennen eine gewisse Kunstfertigkeit erforderlich. Da diese Arbeit von gelerntem Brauereiausgeführt wird, so haben die Arbeiter nur solche Arbeiten zu verrichten, zu denen keinerlei Vorkenntnisse erforderlich sind. Da nun bei Arbeiten, bei denen es nicht auf eine ganz besondere Kunstfertigkeit ankommt, der Arbeiter auch auf die Verarbeitungskosten nicht den geringsten Einfluß ausüben kann, so bleibt seine Tätigkeit dabei auch ohne Einwirkung auf die Höhe des Gewinnes.

Breslauer Aktien-Malz-Fabrik.
Otto Gaebel.

So, da haben wir den Salat. Unsere ganzen volkswirtschaftlichen Kenntnisse werden durch den § 11 des Preßgesetzes und durch Herrn Otto Gaebel, wohlbestallten Direktor der Breslauer Aktien-Malzfabrik, mit eleganter Handbewegung über den Haufen geworfen. Wir waren bisher der Meinung, daß die Arbeit der Arbeiter notwendig wäre, um das Rohprodukt in eine verkaufsfähige Ware umzuwandeln. Und wir waren ferner der Meinung, daß der Verkaufserlös nur dann einen Ueberschuß über den Einkaufspreis bringen könnte, wenn der Arbeiter das Rohprodukt durch seine Arbeit veredelt hat. Nun erfahren wir, daß das alles nicht wahr sei, was sich bei uns bisher zu einer festen Idee herausgebildet hat. Wir werden deshalb bei Herrn Gaebel demnächst nationalökonomischen Unterricht auf Grund des § 11 des Malzgesetzes nehmen müssen. . . .

Uebrigens, ganz ernsthaft gesprochen, wäre die Zurechnung einer solchen „Berichtigung“ eine — Dreistigkeit, wenn die Sache nicht so außerordentlich späßig wäre und wenn in diesem Falle der Nationalökonom Gaebel nicht dem Gelächter der Mitwelt zum Opfer fiel. Wenn er auf kaufmännischem Gebiete auch so firm ist, als auf dem wirtschaftlichen, dann könnten einem fast die Dividendenbeschränker leid tun! — Hierbei sei übrigens angefügt, daß der Malzmeister der Fabrik, Herr Petersen, uns ebenfalls eine „Berichtigung“ auf Grund des § 11 zusendet, die ebenfalls mit der Schreibmaschine des Herrn Gaebel geschrieben ist und die in derselben Weise den preßgesetzlichen Anforderungen nicht entspricht. Selbstredend werden wir diesen Herren nicht den Gefallen tun, ihre Stillübungen sämtlich zum Ausdruck zu bringen und teilen nur aus dem langen Schreiben mit, daß der Malzmeister bestreitet, „gemäßregelt“ zu haben. Er habe vielmehr nur einen Arbeiter wegen Gehorsamsverweigerung (!!), einen wegen Nichtverletzung (!!), einen wegen unflätigen Betragens (!!) und einen wegen — Diebstahls entlassen! Ein vierter habe seine Entlassung gefordert, was unseres Erachtens auch das einzig Vernünftige war. Uebrigens: Wie der Herr, so's Gescherr! Und wie der Direktor, so der Malzmeister! Herr Petersen betont

„Daß ein Vorarbeiter, der mit den Rechten und Pflichten eines Vorgesetzten ausgestattet ist, einer vorerwähnten Organisation als Vertrauensmann nicht angehören darf, wird jedem Unbefangenen auf den ersten Blick einleuchten und dürfte sich weitere Worte erübrigen.“

So groß, als die nationalökonomischen Kenntnisse des Herrn Gaebel sind die Organisationskenntnisse des Herrn Petersen. Zahlreiche Maurer- und Zimmerpoliere, Buchdruckerfaktoren, Tischlerwerkführer u. s. f. gehören ihren Berufsverbänden an, trotzdem es jedem Unbefangenen einleuchten muß, daß dies nicht geht. Ja, wir sind doch alle mit Blindheit geschlagen und es ist die Malzfabrik muß uns erleuchten! Aber, die Herren da draußen sollten lieber die Arbeiter besser bezahlen und behandeln. Das wäre ihrer Gesundheit dienlicher, als Berichtigungen zu schreiben.

Der Kampf ums Dasein. Ueber dieses Thema sollte in einer vom Verband der Fabrik-, Hand- und Hilfsarbeiter einberufenen Versammlung die Genossin Luise Hies-Dambury referieren. An ihrer Stelle war die Genossin W. A. v. L. - Dresden erschienen. Dasselbe Thema war, ein lebendiges Bild von dem schweren Kampfe des bescheidenen Arbeiters und der Arbeiterin um eine ausreichende Existenz zu geben. Sie schilderte in beredten Worten die tiefe Kluft zwischen der herrschenden und der beherrschten Klasse. Auf der einen Seite die Anspannung großer Reichthümer, auf der anderen Seite namenloses Elend, schreckliche Krankheiten und ein früher Tod des Arbeiters und seiner Familie. Die Rednerin führte uns in ihrem Vortrage in die Hütten der Armen und Entsetzten und zeigte uns an zahlreichen Beispielen die traurigen Wohnungsverhältnisse, die unglücklichen Kinder, kurz das Massenelend. Die Arbeiterfrau wird ihrer Familie entrissen, sie muß für wenige Mark die Woche in der Fabrik und der Heimindustrie tätig sein, wo sie in kürzester Zeit ihre Gesundheit untergräbt. Die Rednerin führte die Wonne und die Arbeitszeit der Frauen in der Metallindustrie, in den Elektricitätswerken, dem Blechwarenfabriken, Schokoladenfabriken, der Tabak-, Blumen-, Kravatten-, Konfektions-, Wein- und Gemüsen Industrie an. Die Frauen mühten dort zu vielen Tausenden arbeiten, für Wochenlöhne von 6-9 M. und 12 und mehr Stunden täglicher Arbeitszeit. Die Not zwingt die Arbeiterin, dem Manne Schmutzkonkurrenz zu machen; die Not treibt viele Frauen und Mädchen, weil der Lohn zu gering ist, der Prostitution in die Arme. In schrecklicher Weise werden die Kinder in der Fabrik und Heimindustrie zur Arbeit herangezogen, oftmals in einem Alter von drei bis 6 Jahren, wo sie noch selbst so bringend der Pflege bedürftig. Der Arbeiterschutz lasse in jeder Weise zu wünschen übrig, die Ernährungswirtschaft des Arbeiters und der Arbeiterin würde durch die Annahme der Handelsverträge weiter stark beeinträchtigt werden. Im Ergebnisse mühten schon jetzt - wie Rednerin aus eigener Erfahrung weiß - die Arbeiter wackelnd Brot und Gering essen! In das an Sonntagen. Der herrschenden Klasse müsse die bittere Armut, das Licht- und glücklose Dasein der Arbeiterklasse in die Ohren geschrien werden. Wie unter solchen Verhältnissen mit Naturnotwendigkeit die Sterblichkeit unter den Arbeitern und Arbeiterinnen steigend zunehmen müsse, wie das Kind schon oft im Mutterleibe getötet würde, wie die Gefährnisse und Verbrechen sich mehren, das könne nicht weiter Verwunderung erregen.

Kran Nachweis wies zum Schluß auf den großen Verarbeitereinstreik hin, auf die Arbeitsverbände, die eine furchtbare Gefahr für die Arbeiter seien, und die jedem denkenden Arbeiter die dringende Mahnung aus Vera legen, sich gewerkschaftlich, politisch und genossenschaftlich zu organisieren. Eine tiefe Bezeugung habe das Wort: Alle Häder stehen still, wenn dein harter Arm es will! Es müsse ein geistiger Kampf der Auffklärung geführt werden, damit - wenn der Tag der Abrechnung nahe - die Arbeiterklasse siegreich sei.

Die Versammelten überdachten der Genossin für ihre zu Herzen gehenden Ausführungen überaus dankbar. Es gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in welcher die Versammelten sich verpflichteten, für die Ausbreitung des Fabrikarbeiter-Verbandes zu wirken.

Die Krankenentlastung für Glacéhandlungsmänner hielt gestern im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Der Jahresbericht ergab eine direkte Einnahme von 8222,79 M. und eine direkte Ausgabe von 8309,05 M., so daß eine Mehr-Einnahme von 1913,74 M. zu verzeichnen war. Das Gesamtvermögen der Kasse belief sich am Schluß des Berichtsjahres auf 67044 M. Der Mitgliederbestand ist von 405 auf 350 gesunken. Den letzteren sind 184 männliche und 168 weibliche Mitglieder. Es wurde beschlossen das Gehalt des Mandanten von 1 M. auf 1,20 M. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen. Der Antrag auf Abschluß an die allgemeine Krankenentlastung des Krankentagelohnverbandes wurde für das laufende Jahr abgelehnt. Die ständige Karenzzeit beim Bezug von Krankengeld wurde aufgehoben, nachdem sie 1 Jahr bestanden hat, so daß in Zukunft die Mitglieder wieder vom 1. Tage der Erwerbsunfähigkeit ihr Krankengeld erhalten.

Kein Strafverfahren und § 153 darf ungefragt bleiben! Von diesem Grundlag ausgehend, werden in Breslau aus allen möglichen und unmöglichen Gründen Prozesse gegen Arbeiter arbeitsamtlich und wenn sich diese Gründe etwa vor dem Schöffengericht auch noch so harmlos und unzulänglich erweisen, daß notwendig die Freisprechung des Angeklagten erfolgt, wird seitens der Staatsanwaltschaft stets gegen das Urteil Vernehmung eingeleitet. Dann hat erst die Strafkammer noch einmal sehr genau nachzusehen, ob an dem Angeklagten nicht doch noch ein Verdacht von Schuld an dem Verbrechen ist. So hat sich jetzt wieder der Herr Richter Dr. Richter vor der 3. Strafkammer auf staatsanwaltschaftliche Vernehmung hin wegen angeblich verübtem Terrorismus zu verantworten, nachdem das Schöffengericht auf Freisprechung erkannt hatte. Der Herr Anwalt in Grunde liegende Vorgänge war folgender: Auf dem Sittenfeldischen Neubau auf der Antonenstraße arbeitete unter anderen auch der Maurer Albert W. i. l. e. Es wurde nun von diesem auf dem Bau bekannt, daß er in Dambury als Streifbrotler fungiert hätte. Dr. Richter teilte dem Herrn mit, daß alle anderen auf dem Bau beschäftigten Kollegen die Arbeit einstellen wollten, wenn W. i. l. e. weiter beschäftigt wird. Er fügte dem noch hinzu: Es tut mir leid, ich bin selbst kein Streifbrotler und kummere mich nicht, aber mit Streifbrotlern kann man nicht zusammenarbeiten. W. i. l. e. erwiderte daraufhin: Wozu, hatte aber auch den Mut, sich wieder in den Verband aufzunehmen zu lassen. Da mittlerweile die streikende Freisprechung war während welcher Arbeitswilligen die Annahme zu verweigern ist. Infolge der Demissionierung ist er schließlich wieder ausprobiert worden. Zum Termin vor der Strafkammer war er als Junge nicht erschienen, da ihn die Ladung nicht erreicht hatte. Zeit weils Tage war er von seiner Familie verschwunden, ohne daß das den Behörden hätte. Im Termin stellte sich heraus, daß er sich im Gefängnis befindet. Der Staatsanwalt hielt nun behauptet das Angeklagte eine Verlesung des § 153 in Verbindung mit § 155 des Strafgesetzbuches (Belästigung) für vorliegend und beantragte zwei Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt, Rechtsanwalt Simon, plädierte auf Freisprechung. Im Sinne des § 153 könne sich der Angeklagte schon deshalb nicht vergangen haben, da der Verband Streifbrotler ja gar nicht existiert. Aber auch von einfacher Belästigung könne keine Rede sein, da der Angeklagte dem Polier nur von einer Tasse Milchtrinken machte, indem er sagte, W. i. l. e. sei in Dambury Streifbrotler gewesen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. In dem Anstand Streifbrotler liegt zwar an sich eine Belästigung, unter den hier vorliegenden Umständen aber habe der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und müsse ihm deshalb der Satz des § 193 zugestimmt werden.

Das Defizit in der Jubiläums. Vor dem Kaufmannsgericht klagte eine Verkäuferin gegen den Kaufmann J. auf Gehaltsrückzahlung bis zum 1. Juli, weil sie sich infolge arbeitsamtlicher Belästigung veranlaßt gesehen hatte, die Stellung aufzugeben. Sie war seit 8 Jahren bereits in derselben Stellung und bezog ein Gehalt von 140 M. monatlich. Einmal Tages wies nun die Kasse ein Defizit von etwa 24 M. an und da die Verkäuferin zu 20 M. an dem Tage unter den sonstigen Einnahmen einen Posten von 24 M. M. zu verzeichnen hatte, kam J. auf den Gedanken, daß dieser Posten fehlte, nämlich, daß es der betreffenden Kundin gelungen wäre, die Kasse um die Einnahme zu betrügen. J. wußte aber erinnerte sich die Verkäuferin noch der betreffenden Kundin und wußte genau, daß dieselbe ordnungsmäßig bezahlt hatte. Trotzdem nahm sie mit ihr darüber Rücksprache, wurde aber dadurch lediglich in ihrer Erinnerung gestärkt, die Summe verrieth sich zu haben. Obwohl nun auch noch eine andere Verkäuferin und ein ebenfalls mit dem Verkauf von Waren beschäftigter Gehilfen mit an der Kasse zu tun hatten, verdächtigte J. jetzt die Verkäuferin des Diebstahls an der genannten Summe. Am anderen Tage fand sich eine erkrankte, nicht registrierte Mitarbeiterin in der Kasse. Vor Gericht gibt die Kundin an, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in der Behandlung des Diebstahls eine Inoffizialität vorzuliegen habe, so daß dann am anderen Tage das Geld zurück in die Kasse gelangte. J. behauptet, das Geld zu der Einnahme gekommen sei. J. klagt daraufhin, daß der Kaufmann J. das Geld an sich selbst genommen und es an

deren Tage der Kasse heimlich wieder zugeführt. Infolge dieser deutlich ausgesprochenen Verdächtigung hatte das Mädchen dann die Stellung aufgegeben. In Ermangelung solcher Beweismittel beantragte er, die Kundin solle schwören, daß sie weder Geld entwendet, noch aus anderen Tagen solches in die Kasse gelegt habe. Das Gericht erachtete jedoch nur den ersten Teil des verlangten Eides für erheblich. Sollte die Beurteilung des Falles komme nicht in Betracht, ob die Kundin das Geld am anderen Tage der Kasse zugeführt habe oder nicht. Sie könne es ja auch getan haben, um in Rücksicht auf ihre Stellung die Sache aus der Welt zu schaffen, wenn sie auch keinen Diebstahl verübt habe. Nachdem Kundin geschworen, nichts entwendet zu haben, sah sich J. veranlaßt, die Forderung anzuerkennen. Man sieht, wie leichtfertig oft solche Behauptungen, die jemanden in seiner ganzen Existenz schädigen können, aufgestellt werden.

Verunglückt. Am 22. d. M. der 27 Jahre alte Handlungsgehilfe Ernst Franke, welcher Mattbiassstraße 180 gewohnt hat. - Ferner wird seit dem 26. d. M. der 18 Jahre alte Himmernann Alfred Weidner, Pöbelwitzerstraße 95, vermisst.

Verunglückt. Am 28. März, Vormittags, ein Arbeiter in dem Neubau Nebstraße 38/40 mit Schachtarbeiten beschäftigt war, erlitt er beim Schieben eiserner Träger eine schwere Verletzung der linken Wade. Er wurde in das St. Georgs-Krankenhaus geschafft.

Diebstahl. Ein 21 Jahre alter Schneider aus Galtzien, der am 28. März Vormittags auf dem Hauptbahnhof bei einem Taschendiebstahl abgefaßt worden war, wurde verhaftet. Bei dem Verhafteten wurde noch mehrere Portemonnaies vorgefunden, die zweifellos sämtlich von Taschendiebstählen herrühren. - Gestohlen wurden am 24. März aus einem Ofen an der Kreuzstraße ein Fahrrad, Marke „Molte“, aus einer Wohnung in Krietern drei Wandbriefe zu je 100 M., aus einem Garderobenraum ein Overcoat, aus einem Schuppen zwei Pallen Wollewaren, einem Knaben aus dem Schulhaufe auf der Krieterstraße ein Mantel, einem Kaufmann auf der Scheinigerstraße von der Ladenstraße ein Paar Damenhalbschuhe. - Am 28. d. M. Nachmittags ein neun Jahre altes Mädchen in einem Geschäft auf der Sternstraße einen Einlauf besorgt und 1,50 M. zurückbekommen hatte, wurde es auf der Straße von einer weiblichen Person mit den Worten: „Zeige einmal das Geld her, der Kaufmann hat Dir falsch wiedergegeben“ angehalten. Da sich das Kind weigerte, wendete die Person Gewalt an und riß das Geld an sich, worauf sie die Flucht ergriff und in einem Hause am Dreißentel verhaftet wurde. Die Diebin war mit braunem Kostüm und schwarzem Rock bekleidet. - Gestohlen wurden ferner einer Kabin von der Gartenstraße aus einem Zimmer, in welches der Dieb durch ein Fenster eingestiegen ist, eine goldene Uhr mit Kette, ein goldener Ring mit weißem Stein und ein Paar goldene Ohrringe, einer Witwe von der Wehlstraße ein Unterbett, zwei Kopfkissen und eine Bettdecke, einer Dame von der Bohrauerstraße eine silberne Damenuhr Nr. 69,878, einem Dienstmädchen von der Hofenstraße 28 Markt, einem Schlosser ein Paar neue Gamaschen und einem Laubhirschen von der Brunnenstraße ein Fahrrad.

Verstorbener Korb. Anfang Januar h. J. hat eine Schneiderin am Hauptbahnhof einem unbekannten Drohschiffahrer einen Korb, welcher Wäsche und Papiere auf den Namen Helene Ziefhan enthält, zur Verfertigung übergeben. Da der Korb verschwunden ist, wird der Verfertiger aufgefordert, sich umgehend im Zimmer 37 des Polizeibräuhäuses zu melden.

Polizeiliche Maßnahmen. In das Polizeigefängnis wurden am 28. d. M. 28 Personen eingeliefert. - Gefunden wurden: eine goldene Damenuhr, ein goldener Siegelring und eine silberne Brosche. - Abhanden kamen: eine silberne Uhr, eine kleine goldene Kugel, eine Schlüsselkette mit einer Haarflechte, eine goldene Damenuhr und ein Trarring.

Freiburg, 27. März. Die hiesigen „Hirsche“ sind in heller Empörung. Der Gauleiter des Metallarbeiterverbandes, Genosse Schlegel-Breslau, hatte denselben gelegentlich einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung im Gewerkschaftshaus in Pölsnitz einige derbe Wahrheiten gesagt. Die „Hirsche“ füllten und verdrehten so lange, bis schließlich „Lumpenwaid“ und „Lumpensindel“ daraus wurde, und diese vollständig gefälschten Ausdrücke benutzten die „Hirsche“ dann, um in einem Endeblatt der ersten Nummer, das der Breslauer Arbeiter bekannt sein dürfte, über den Metallarbeiterverband im allgemeinen und Schlegel im besonderen heranzugehen. Am vorigen Donnerstag hatten nun die „Hirsche“ eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen, in welcher dieselben „schweres Geschütz“ aufschrieben hatten. Drei Redegewaltige, Herr Dornblüth-Breslau, Herr Neugebauer-Waldenburg und ein Striegauer Herr nebst einigen 50 Männern von hier waren erschienen. Da in einer Annonce im Lokalblatt „Freie Diskussion“ zugesichert wurde, hatten sich auch Genosse Schlegel-Breslau und einige 60 Gewerkschaftler eingefunden. Seitens des Vorstehenden wurde bei Eröffnung der Versammlung nochmals „Freie Diskussion“ zugesichert. Den Reigen eröffnete Herr Dornblüth mit einem Referat, in welchem derselbe, wie ja auch nicht anders zu erwarten war, die Hirsch-Dummkäse Gewerkschaft als allein seligmachende Arbeiterorganisation anpries. Aber erst am Schluß seiner Ausführungen sollte sich das schwere Gewitter, das sich bis dahin über dem Haupt Schlegels zusammengeleitet hatte, entladen. Mit dem ganzen Aufwande seiner Kräfte entließ sich Herr Dornblüth über Schlegel, nicht begreifend, wie man einem solchen Manne eine führende Stellung im Metallarbeiter-Verbande geben könne. Nun begann die „Freie Diskussion“. Schlegel erhielt das Wort. Nachdem derselbe versichert hatte, daß der Metallarbeiterverband bei Anstellung von Galtzien in Zukunft sicher erst Herrn Dornblüth zu Rate ziehen werde, rechnete er mit den „Hirschen“ ob ihrer Verleumdungen und Verdrehungen in so gründlicher und herzerweichender Weise ab, daß die freudigen Reaktionen es für geraten hielten, schließlich ihre „Freie Diskussion“ einzupacken, denn mitten in den Ausführungen Schlegels

erklärte plötzlich der Vorstehende, Schlegel dürfe nur noch fünf Minuten sprechen! Natürlich große Verwunderung auf Seiten der Gewerkschaftler ob solcher „Freier Diskussion“. Als der Vorkriegs nach mehreren Auseinandersetzungen mit Schlegel, während welchen die „Hirsche“ ihren Mangel an Intellekt durch läbliche Bemerkungen zu dokumentieren für gut fanden, auf seiner merkwürdigen Auslegung der „Freien Diskussion“ bestanden blieb, erklärte Schlegel, unter diesen Umständen auf weitere Ausführungen zu verzichten und die große Hälfte der Anwesenden verließ die unglückliche Stätte der „Freien Diskussion“. Nun konnte man ungehindert die Schalen des Hornes über die Gewerkschaftler angießen. Und die drei Redegewaltigen haben es auch weidlich getan, indem sie das Vorgehen der Gewerkschaftler als „Freiheit“ hinstellen beliebten, nicht ahnend in ihrer Herzenstiefe, daß dieser „Freiheit“ eine weit größere wirkliche Freiheit vorangegangen war. Und durch solche unglücklich lächerliche Komödien glauben diese Leute dem Metallarbeiterverbande Abbruch tun zu können!

So lange derartige Arbeiter fortfahren, in solch blinder Wut dem Kapitalismus Handlangerdienste zu leisten, so lange haben die Kapitalisten nichts zu fürchten!

Versammlungen und Vereine.

Freie Turnerschaft Breslau
Turnstunden: 1. Abt.: Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8-10 Uhr, in der städtischen Schullturnhalle, Waterloostraße. - 2. Abt.: Jeden Montag und Donnerstag, Abends von 8-10 Uhr in der städtischen Schullturnhalle, Polenerstraße.

Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 30. März:
Holzarbeiter. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saale.

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Abends 8 Uhr: Bezirksführer. Zimmer Nr. 1.
Maler und Lackierer. Versammlung. Zimmer Nr. 2.

Freitag, den 31. März:
Bauarbeiter. Mitgliederversammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale.

Sonnabend, den 1. April:
Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saale.

Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: Quartalsversammlung. Zimmer Nr. 2.

Sonntag, den 2. April:
Liebestafel „Trene“. Nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung. Zimmer Nr. 2.

Wassermaler- und Seiger-Verband. Mitgliederversammlung. Nachmittags 2 Uhr. Zimmer Nr. 2.

Montag, den 3. April:
Arbeiter-Sänger-Bund. (Ortsgruppe Breslau.) Abends 8 Uhr, Zimmer Nr. 5: Musikübung. Auch haben sämtliche neugewählten Vorstandsmitglieder und Revisoren zu erscheinen.

Donnerstag, den 6. April:
Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 u. 4.

Mitteilungen der Bezirks- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereines:

Distrikt I (Gräbischer Vorstadt).
Bezirks 5 u. 7. Sonnabend, den 1. April, Abends 8 1/2 Uhr, im bekannten Lokal: Zusammenkunft und Besprechung betr. wichtiger Angelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Die Bezirksführer.

Bezirk 6. Sonnabend, den 1. April, Zusammenkunft. Zahlreiches Erscheinen wegen wichtiger Angelegenheit ist Pflichtsache.

Distrikt III und XI (Ober-Vorstadt).
Sonnabend, den 1. April, Abends 8 Uhr, Abrechnung der Bezirksführer. Wichtige Angelegenheiten erfordern das Erscheinen sämtlicher Bezirksführer und deren Stellvertreter. Kontrollkarten sind mitzubringen. Die Distriktsführer.

Distrikt V (Scheitnig).
Dienstag, den 4. April, Distriktszusammenkunft. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Distriktsführer.
Hartlieb, Krietern, Mettendorf, Olschkin.

Bezirk 121. Sonntag, den 2. April: Zusammenkunft im bekannten Lokal Nachmittags 2 Uhr. Bibliotheksbücher sind mitzubringen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Bezirksführer.

Gräbischen. Arbeiter-Radfahrer-Verein. Jeden Sonnabend Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Schweidnitz. Gewerkschaftskartei. (Adresse: Max Becker Forner, Ketschauerstraße 27/29, Ketschau.)

Freiburg. Männergesangsverein „Vorwärts“. Sonnabend, den 1. April, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.

Schneeberg. Öffentliche Volksversammlung Sonnabend, den 1. April, Abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum Schlüssel“. Vortrag von Genossen Albert-Breslau.

Jauer. Große Volksversammlung Montag, 3. April, im „Grünen Adler“. Referent: Redakteur Albert-Breslau. Entree frei!

Jauer. Gewerkschaftskartei. Mittwoch, den 5. April, Abends 8 Uhr: Sitzung im Vereinslokal. Um Erscheinen sämtlicher Delegierten ersucht. Der Vorstehende.

PALMIN
feinste Pflanzenbutter

unübertroffen zum kochen, braten u. backen 50% Ersparnis gegen Butter!

Achtung! Genossen!
Die Buchhandlung der „Volkswacht“ führt
Schulbücher
und Meserhette und ersuchen wir die Genossen, den Bedarf an solchen bei uns zu decken.
Bestellungen nehmen auch unsere Holzportiere entgegen.

Rechte u. Pflichten des Mieters

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch Kommentar gegen Mietsrecht von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.

Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Monie und der Tenkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Mietsrecht.
Durch unsere Expedition zu beziehen.

Keine Fleischnot!
Seite eingetroffen neue Waggonladung prachtvollen weißen
Cablian, Verkaufspr. 18 Pl. p. Pld. i. Ausschnitt, alles Mittelstücke.
D. D.-F.-G. Nordsee, Schmiedebücke 19 u. Stadtbahnbogen.